

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 14

17. Juli 1972

6. Jahrgang

50 Pfennig

STAATLICHE AUSPLÜNDERUNG

daß die SPD/FDP-Regierung mit ihrer Art der Demagogie von "Rentenrechtsreformen im Sande verlaufen lassen wird.

Auch die SPD ist nicht faul, wenn es darum geht, ihre gut bezahlten Posten in Regierung und Verwaltung zu verteidigen. Die Bourgeoisie hat die weitere Ausplünderung der Werktätigen verlangt und fordert staatliche 'Subventionen' für ihre Maximalprofite. Prompt läßt auch schon die SPD die Maske ihrer Reformversprechen fallen und greift zum Rotstift. Der Haushalt wird um 1,3 Milliarden gekürzt. Gekürzt wird natürlich bei dem, wo dem Volk am meisten versprochen worden war. Bei der Bildung und beim Verkehr werden jeweils 400 Millionen Mark aus dem Haushaltsplan gestrichen. Zum Schein werden auch noch 100

Millionen DM bei Kriegsminister Schmidt gestrichen, was aber nichts als üble Augenwischerei ist, weil bei 23 Milliarden Rüstungsetat (der jetzt allein um 2,5 Milliarden gestiegen ist) die 100 Millionen gerade 0,3% ausmachen. Gekürzt wird auch nicht bei Eppler, dem Minister für Neokolonialismus, genannt "Entwicklungshilfe". Die BRD-Großmacht will ja überall dort einsteigen, wo die USA und andere Volksausplünderer abziehen müssen.

Aber die Raffgier der Monopole ist so groß, daß die Verschuldung der Staatsfinanzen trotzdem sprunghaft ansteigt. Die am 9. Juni beschlossene weitere Kürzung um 1,2 Milliarden wurde 'vorerst vertagt'. Es bleiben 6 Milliarden Schulden, viermal so viel wie letztes Jahr.

Staatsverschuldung — Inflationsmacherei

Die Staatsverschuldung hat nur einer zu tragen: die arbeitende Bevölkerung! Die Notenpresse läuft und läuft und das Geld wird immer weniger wert. Das kennen die Arbeiter und Werktätigen in Deutschland von früher.

Den Stahlbossen und Kohlekönigen an der Ruhr wurde vor wenigen Wochen wieder 1 Milliarde DM über die Ruhrkohle AG an 'Staatssubventionen' in den Rachen geworfen. Gleichzeitig sollen zehntausende Kumpel auf die Straße fliegen. Gleichzeitig wird auch der Lohnraub vorangetrieben, wie der Betrugs-Abschluß im Tarif"Kampf" zeigte.

Inflationsrate inzwischen bei 7,5% angelangt).

Hinzu kommen 1-2% Preisanstieg durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die die Kapitalisten voll auf die Werktätigen abwälzen.

Hinzu kommt die weitere rapide Erhöhung der Lebensmittelpreise durch die neue EWG-Agrarordnung.

Hinzu kommt die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, der Mieten, und schließlich die Steuererhöhungen, die Schiller schon beschlossen hat. Und was bekommt der Kumpel an der Ruhr? 7Prozent!! Das ist Lohnraub, das ist Ausplünderungs-

Lohnraub und Inflationsmacherei im Dienst der Monopole

Großes Gerangel im größten Theaterpalast der BRD: Im Bundestag wird über den Staatshaushalt der Brandt-Scheel-Regierung debattiert. Strauß redet vom "Staatsbankrott" um gleichzeitig aber auch zu betonen, daß er die Lage nicht durch 'demagogisches Aufhetzen der Bevölkerung ausnutzen' wolle (Frankfurter Rundschau 19.6.)

Das könnte auch in die Hose gehen. Denn die Ausplünderung der Werktätigen hat inzwischen ein Höchstmaß erreicht und die Massen sind nicht mehr bereit, den Monopolen noch mehr Lohngröschen in den Rachen zu werfen, ob das jetzt über SPD/FDP oder eine CDU/CSU-Regierung geschieht.

1969 versprach Monopolknecht Brandt noch Steuersenkungen. Inzwischen erhöhte er die Mineralölsteuer, die Branntwein- und Tabaksteuer. Ergebnis: 6 Milliarden mehr für den Rüstungshaushalt, der um über 11% auf 23 Milliarden DM gesteigert wurde. Aber das genügt nicht, wenn Bonn zur Großmacht werden will, wenn die Vorherrschaft

der BRD in EWG und NATO und die Expansion des westdeutschen Imperialismus nach Osten finanziert werden soll.

"Jetzt ist Härte das Gebot der Stunde", sagte CDU-Wirtschaftsexperte Narjes. "Endlich 15 000 Polizisten mehr", jubelt Bild. Auf 400 Bürger soll ein Polizist kommen. Das kostet

5,5 Milliarden Mark. Wer die Ausplünderung des Volkes auf Hochtouren betreibt, muß auch Milliarden ausgeben, um seine Ausbeuterherrschaft schützen zu können. Daher fordert Strauß auch die Bundesregierung auf, sie solle "Kassensturz, Inventur und Bilanz" machen, "damit unser politisches Ordnungssystem nicht gefährdet wird".

Krise des Kapitalismus — Krise seines Staates

Gefährdet ist dieses "Ordnungssystem" schon längst. Nach dem Marsch der 4000 Arbeiter von Hanomag durch die Straßen Hannovers mit roten und schwarzen Fahnen half auch kein 'Sozialplan' mehr. 2 Tage später streikten wieder die Kollegen in der Gießerei.

Das "Ordnungssystem" ist gefährdet, weil die Kumpel an der Ruhr den Zwangsschlichtungsbetrug der IG Bergbau-Bonzen und dem Staatsknecht Figgen von 7% bei gleichzeitiger Entlassungsandrohung zehntausende Kumpel nicht hinnehmen werden.

Darum braucht die Ausbeuterklasse Geld, um den Staatlichen Gewaltapparat zur Unterdrückung der heranrollenden Kämpfe auszubauen. Der Bundesgrenzschutz wird um 3000 Mann auf 22000 Mann verstärkt. Ruhnau (SPD), der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, sagte am 20. Juni auch offen, wozu die Verwendung der Lohngröschen für den Bundesgrenzschutz (BGS) dient: "für die Aufrechterhaltung der in-

neren Sicherheit, z.B. bei Großveranstaltungen, Katastrophen und Unruhen." Genscher nahm in seiner Rede vor GBS-Offizieren am 31. August 1971 gleich gar kein Blatt mehr vor den Mund. Er sagte: "Sie alle kennen die vielfältigen Erscheinungsformen eines politischen Radikalismus, der unsere freiheitliche und demokratische Ordnung beseitigen will, mit Gewalt, mit der Drohung mit Gewalt, mit Unterwanderung und Zersetzung."

Im ersten Jahr der Regierung Brandt betrugen die Ausgaben für die Bürgerkriegstruppe BGS noch 218,8 Millionen Mark, Heute sind es 565,4 Millionen Mark.

Die "soziale" und "Friedens"-Demagogie der Brandt und Konsorten haben also wenig genutzt. Die Arbeiterbewegung marschiert unaufhaltsam vorwärts. Es wird daher Zeit, den Gewaltapparat zu verstärken, den Terror zu verschärfen, aber auch den Volksbetrug "Wahlen" neu zu inszenieren.

Schon Friederich Engels hat gesagt, daß das 'allgemeine Wahlrecht' nichts anderes sein kann, als ein Barometer für die Reife der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie will jetzt auch die 'Stimmung im Volk' prüfen, sie will sehen, welche der bürgerlichen Parteien am besten die Politik der Ausplünderung und Aufrüstung weiterführen kann.

Gleich ist die CDU/CSU zur Stelle und fordert sofortige Rentenerhöhung ab 1. Juli um 9,5%. Warum fordert dies wohl die CDU/CSU? Weil die Renten von 6 Millionen Rentnern, die am Existenzminimum vegetieren, durch die Inflation noch mehr aufgeessen wurden? Wohl kaum! Die CDU/CSU schlägt solche Töne an, weil es um 9,8 Millionen Rentempfänger, mit ihren Angehörigen also um runde 15 Millionen Stimmen geht. Daß diese demagogische Forderung durchkommt, braucht die Bourgeoisie nicht zu fürchten. Schließlich ist die Staatskasse mehr als leer, schließlich weiß die CDU/CSU, daß die Staatskasse mehr als leer, schließlich weiß die CDU/CSU,

im Kampf zeigte. Folgendermaßen sieht die Rechnung der Kapitalisten und ihrer Helfershelfer in Staat und IG Bergbau aus: 6% sind eh durch die vergangenen Preissteigerungen aufgeessen. Durch die Inflationsmacherei wird die Geldentwertung auch in Zukunft vorangetrieben (in den USA ist die

politik mit Hilfe von Staat und Gewerkschaft. Die werktätigen Massen, die allen Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, sollen auch in der kapitalistischen Krise verstärkt noch ausgebeutet werden. Das ist Ausplünderungspolitik zur Verwirklichung der Großmachträume des westdeutschen Imperialismus!

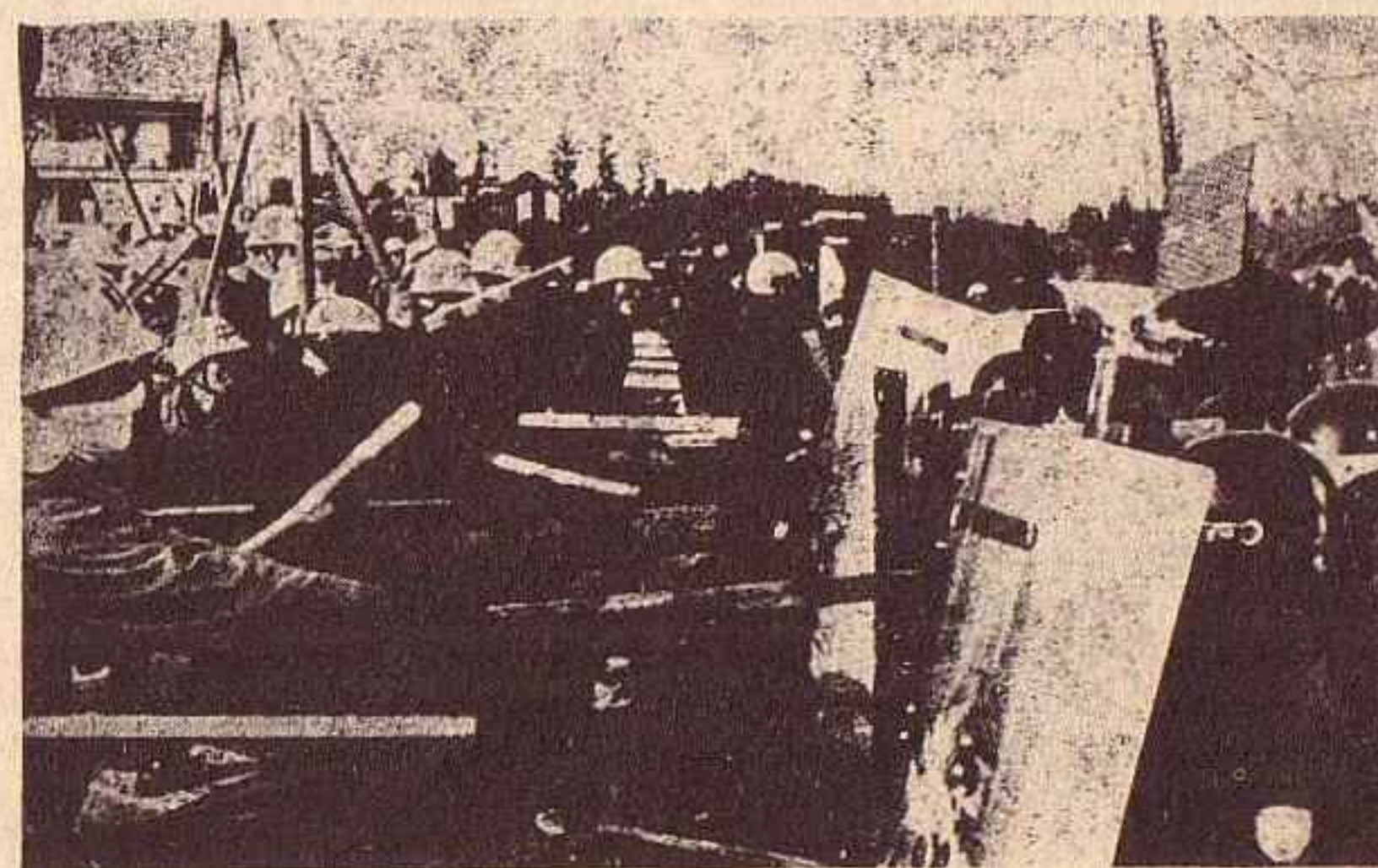
Kampf der staatlichen Ausplünderer Kampf der Inflationsmacherei! Nieder mit dem Staat der Monopole

In Frankreich und vielen anderen Ländern weigern sich die kleinen Bauern schon seit Jahren, die steigende Steuerlast für die Monopolprofite aufzubringen. Auch das städtische Kleinbürgertum läßt sich vielerorts nicht mehr auspressen und hat zusammen mit den Bauern den Steuerboykott organisiert und ist oft zu militanten Aktionen geschritten. Manches Finanzamt in Frankreich und Italien wurde zu Asche.

Die Arbeiterklasse, die fortschrittlichste Klasse unserer Gesellschaft,

hat eine wirksamere Waffe gegen die zunehmende Ausplünderung: den Streik! Jeder Kampf der Arbeiterklasse gegen die zunehmende Verschlechterung ihrer Lebenslage führt aber heute direkt zum Zusammenstoß mit dem staatlichen Gewaltapparat. Der Staat stellt sich schützend vor den Kapitalisten. Immer notwendiger wird daher, daß die KPD/ML in diesen Kampfkationen den Kolle-

Fortsetzung auf Seite 2



Treibt den antiimperialistischen antimilitaristischen Kampf voran!

Staatliche Ausplünderung

Fortsetzung von Seite 1

gen deutlich macht, daß dieser Staat nur der Staat der Monopolherrschaft, der Staat der 200 Familien ist. Wir müssen erklären, daß **nur die Zerschlagung des bürgerlichen Staates letztlich die Enteignung der Ausbeuter in den Betrieben möglich macht. Nur die Errichtung eines neuen Staates der Arbeiterklasse, des Staates der Diktatur des Proletariats über die alten Blutsauger und Volksfeinde kann dahin führen, wie es heute schon in China und Albanien ist.**

Dort gibt es seit der Revolution keine Ausbeutung, keine Krise, keine Ausplünderung durch den Staat mehr. Die chinesische Währung ist die stabilste der Welt. China und Albanien sind die einzigen Länder der Welt ohne Auslandsschulden.

Der Kampf für den Sozialismus läßt sich nicht aufhalten. Überall erkennen die Massen, was es mit dem angeblich 'neutralen, über den Klassen stehenden Staat' auf sich hat.

Unsere Losungen heißen:

Kampf dem Dreibund von Kapital, Staat und Gewerkschaftsbürokraten

Kampf dem Lohndiktat!

Nieder mit der Zwangsschlichtung!

Keine langen Laufzeiten für Tarifverträge!

Für zwischentarifliche

In den USA streiken ständig zehntausende Arbeiter trotz des staatlichen Streikverbots. In England hat die Solidarität der Hafenarbeiter die Regierung gezwungen, den Haftbefehl gegen drei kommunistische Arbeiterführer zurückzunehmen, die zum Kampf gegen das Streikverbot aufgerufen hatten.

Wir fordern nicht 'demokratische Erneuerung', nicht 'Verstaatlichungen', nicht 'Mitbestimmungen' und anderen Lügenplunder wie die DKP-Verräter. Die KPD/ML führt den täglichen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse gegen die Angriffe des Kapitals. Dabei werden wir alle Täuschungsversuche der DKP/SEW-Revisionisten und ihrer Nachbeter entlarven. Kommunisten dürfen bei diesen Kämpfen niemals das Ziel aus den Augen verlieren: Die Zerschlagung des bürgerlichen Gewaltapparates!

Die Stimme der Arbeiterklasse bei den Wahlen zu den besten Schauspielern im Bonner Bundestag wird heißen:

Gegen das Kapital und seine Parteien die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse! Vorwärts mit der KPD/ML!

Ergreift die rote Fahne, Proleten, der hundertjährige Kampf der deutschen Arbeiterbewe-

CHINA GEGEN ATOMKOMPLOTT

Die Volksrepublik China unterschreibt nicht die Abmachungen der Supermächte, USA und Sowjetunion über die Nichtweitergabe von Atomwaffen, den Atomsperrvertrag, die Verträge über Einstellung von Testversuchen usw. Wie in allem, so ist die Politik der chinesischen Arbeiterklasse auch hier im Interesse der Völker, im Interesse des Friedens und der Revolution.

Außer China besitzen heute nur imperialistische Großmächte Atomwaffen. Vor allem die Weltherrscher USA und SU glauben, sie könnten die ganze Welt unter sich aufteilen, die Völker unterdrücken und mit ihren Atomwaffen erpressen.

Deshalb versuchen sie, ihr Atommonopol aufrechtzuerhalten. Vor kurzem

erst drohte wieder ein amerikanischer General, das unerschütterlich kämpfende vietnamesische Volk mit einer Atombombe auszulöschen. 1945 hatten sie ihre Drohung wahrgemacht: hunderttausende japanischer Kinder, Frauen und Männer verbrannten in Yokohama und Nagasaki.

Die abgeschlossenen Verträge der Supermächte schließen die Wiederholung solcher Verbrechen in keiner Weise aus. **Bis heute sind die Supermächte nicht auf den Vorschlag Chinas eingegangen, sich zu verpflichten, daß sie niemals zuerst eine Atombombe werfen würden.** Sie wollen die Völker weiterhin einschüchtern.

Die Supermächte wollen ihr Atommonopol behalten. Länder wie das befreite Vietnam sollen ewig unter dem Schwert der Atomdrohungen leben.

China soll unterschreiben, daß es seine Atomwaffen nicht ausprobiert und weiterentwickelt. Gleichzeitig stehen 30 sowjetische Mittelstreckenraketen mit Atomsprenköpfen an der Nordgrenze Chinas. Aus gutem Grund gehen die Supermächte nicht auf die Vorschläge der Volksrepublik China von 1963 ein, die heißen:

Auflösung aller Militärstützpunkte auf ausländischen Territorien

Verpflichtung aller Atommächte, nicht als erster die Atombombe zu werfen

Einstellung aller Atomtestversuche, einschließlich der unterirdischen

Vernichtung aller Atomwaffen, ihrer Träger, Auflösung der Forschungsinstitute für den Atomkrieg.

Verbot der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen als Ergebnis einer Konferenz, bei der alle Länder der Welt anwesend sind.

WÄHRUNGSKRIEG VERSCHÄRFT

Es ist gerade ein halbes Jahr her, daß die kapitalistischen Staaten des Westens auf der Washingtoner Weltwährungskonferenz versuchten, das Währungschaos zu "ordnen". Damals wurde das System der festen Wechselkurse zum Teil abgeschafft, das seit Jahrzehnten die Vorherrschaft des US-Dollars sicherte. Der US-Dollar war inzwischen so zusammengebrochen, daß die Währungen der anderen Imperialisten mit in den Strudel gezogen wurden. Damals war der BRD-Imperialismus dem

ländischen Waren konnte der US-Imperialismus alle Gefahren für sich abwenden.

Keine 6 Monate und das Chaos war wieder da! Das englische Pfund stand in keinem Verhältnis mehr zum amerikanischen Dollar. Der Dollar riß weiter die europäischen Währungen mit in den Untergangstrudel. Das englische Pfund wurde abgewertet. Die englischen Waren im Ausland werden dadurch billiger, der Export angekurbelt. Für die fast eine Million englischen Arbeitslosen wird sich dadurch

wie wild alle US-Dollars, die zu Milliarden nach Europa strömen. Sie kauft sogar die US-Dollars, die nach Italien oder Dänemark strömen, um die dortigen Währungen zu "stützen", was nichts anderes heißt, als sie in Abhängigkeit zu bringen. **letzten Wochen 3000 t Gold über den Züricher Goldmarkt verkauft. So hoffen sie den bankrotten US-Dollar zu stützen).**

Die Widersprüche zwischen den Imperialisten verschärfen sich immer mehr. Der

Lohnkämpfe!

Raus mit den gekauften Verrätern aus dem Betriebsrat, die mitmachen bei Massenentlassungen und politischen Rausschmissen!

gung wird jetzt zu Ende geführt!

Haupttendenz auch in Deutschland ist Revolution!

USA-Partner wieder zur Seite gesprungen. Die Weltherrschafts- und Kriegspolitik des Yankee-Imperialismus sollte nach wie vor von den "europäischen Partnern" mitfinanziert werden, also letztlich von der europäischen Arbeiterklasse.

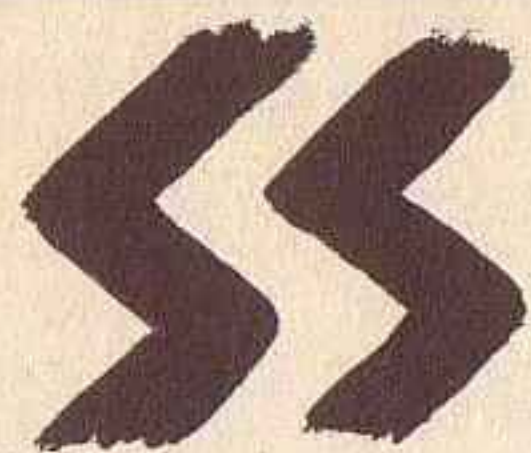
Damals nannte Nixon das Abkommen von Washington zufrieden "die bedeutendste monetäre Vereinbarung in der Geschichte der Welt". Der US-Dollar war zwar etwas abgewertet worden, aber durch sofortige Einfuhrsperren gegenüber aus-

ländischen Arbeitslosen wird sich dadurch nichts verbessern, sondern die Lage nur verschlechtern. Der Export der englischen Autos nach USA wird dort an den neuen Zollschranken scheitern. Ein Konkurrent riegelt sich vor dem anderen ab. Pfundabwertung heißt auf der anderen Seite, daß die Importe teurer werden, vor allem die Lebensmittel der Arbeiter und Werktätigen. Hinter den Anstrengungen der Finanzhaie, ihre verrottete kapitalistische Währung wieder "zu ordnen", steht also in Wirklichkeit der neue Angriff auf die Lebenslage der arbeitenden Klassen. Bei diesem Währungskrieg liegt ein Imperialist dem anderen an der Gurgel. Man kann dabei sehr gut die Entwicklung des Kräftespiels zwischen den Imperialisten erkennen.

Wieder versucht der BRD-Imperialismus seinem US-Senior zur Seite zu springen. Die größte Angst von Wallstreet ist, daß England in ein "gemeinsames EWG-Flaoten" einbezogen wird, das heißt, daß eine gemeinsame Front gegen den US-Imperialismus in Europa geschaffen wird. Darauf dringt vor allem Frankreich. Aber Schiller wehrt sich dagegen. Die Großmacht BRD will zwar auch, daß der US-Konkurrent aus Europa zurückgedrängt wird, aber der westdeutsche Imperialismus will dabei die antiamerikanische Front in Europa anführen und so stark wie möglich seine Vorherrschaft über Europa ausbauen. Darum kauft die BRD **Der BRD-Imperialismus ist heute schon die vorherrschende Macht in der EWG. Er hat den Vorteil, einen großen Partner im Rücken zu haben, den sowjetischen Sozialimperialismus, der den BRD-Vormarsch nicht nur politisch stützt, sondern auch ihn durch die Öffnung seiner Absatzmärkte und Rohstoffquellen und die Öffnung seiner Goldkammern gewaltig stärken kann.** (Die Sowjetunion hat in den

ewigen Währungskrieg zeigt, daß die Periode der tiefen wirtschaftlichen und politischen Krisen des imperialistischen Systems fortschreitet. Dagegen hilft auch keine imperialistische "Einigung Europas."

Der Versuch der europäischen Imperialisten, in der "erweiterten EWG" eine Front gegen den US-Weltherrscher aufzubauen, wird diesen sicher schwächen. Aber für die Arbeiter der europäischen Länder gilt, daß sie den Kampf aufnehmen müssen gegen diese imperialistischen Vereinigungspläne auf ihrem Rücken.



marschiert

Stuttgart am Sonntag, den 25. Juni. 6 Uhr 45. Vor der Wohnung des **Schotten McLeod** stehen 10 Bullen mit Maschinenpistolen im Anschlag. Ein Polizeioberrmeister hat seine Maschinenpistole auf die Tür gerichtet. Er hat auf Einzelfeuer umgestellt. Ein Ausländer öffnet. Er ist verschlafen und vollkommen nackt. Er sieht den Bullen in Zivil, die Maschinenpistole auf sich gerichtet. Erschrocken wirft er die Tür zu. Der Polizeioberrmeister drückt zweimal ab. Die Kugeln treffen McLeod in den Rücken und treten am Hals wieder aus. Der vorsorglich mitgebrachte Notarzt stellt den Tod fest. **"Auftrag erledigt."** **SS marschiert.** Heute in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1972. Die Mordkommandos rollen wieder. Solange dieser Ausbeuterstaat existiert, wird er mit allen Mitteln versuchen, seinen Untergang mit Mord und Terror hinauszuzögern. Dazu braucht er auch die staatlich bezahlten Killer.

Es ist nicht einfach die "aufgeputschte Hysterie", wie es die liberale bürgerliche Presse einschließlich der 'UZ' von der DKP darstellt, wenn "einfache Polizisten" zu killen anfangen. Es geht hier vielmehr um die systematische Heranbildung einer faschistischen Terrorgruppe, es geht darum, daß der offen faschistische Mord praktiziert wird.

Im 'Fall McLeod' hat man sich keine Mühe mehr gegeben, die Absichten zu verschleiern. Es wird einfach eine Nachrichtensperre über die Presse gelegt.

"Erschossen auf der Flucht, Tötung in Notwehr", so hieß es bei den vielen Opfern der Mordkommandos bisher. Auf einem verlassenen Hinterhof wurde Benno Ohnesorg 1967 exekutiert, weil alle Menschen, die gegen Kolonialismus und Faschismus sind, wissen sollten, was ihnen "blüht".

1968 wurde in München der Photograph Frings mit einer Polizeileuchte erschlagen, damit alle fortschrittlichen Journalisten wissen, was ihnen "blüht", wenn sie der Öffentlichkeit berichten wollen, wie die Polizei den Weg für Springers Hetzblätter freiknüpft.

Petra Schelm wurde auf der "Flucht erschossen", in den Rücken, wie ein Zeuge jetzt entlarvte. Georg von Rauch wurde mit erhobenen Händen an eine Mauer gestellt, um ihm dann mit einer Kugel den Kopf zu durchbohren. Autodiebe werden mit Genickschuß erledigt, in einem Berliner Fall sogar mit aufgesetztem Revolver.

SS marschiert. Eine solche Mordtruppe wird nicht nur in Westdeutschland herangebildet. In Frankreich

gibt es schon lange die CRS, die viele Arbeitermorde auf dem Gewissen hat. In den USA hat die Nationalgarde schon Blutbäder unter demonstrierenden Studenten und Neger anrichtet. In New York wurde eine Truppe von Polizei-Scharfschützen gebildet, die "Stakeout Squads", die in den Ghettos Jagd auf Neger und kleine Ladendiebe machen. Ohne Warnung schießen sie. Grundsätzlich sofort ins Herz oder ins Hirn. Tote reden nicht, nach diesem Motto wird gekillt, in den USA und in der BRD.

Die Opfer der Mordkommandos werden nicht zufällig ausgesucht. Jede Exekution soll der Bevölkerung klarmachen, "wenn ihr auch daran denkt, euch gegen die 'bestehende Ordnung', gegen das bestehende Sklavenhaltersystem zu erheben, dann blüht euch das gleiche". Die "Welt" vom 28. Juni schrieb es ganz offen unter der Überschrift: "Mahnung zur Vorsicht". "Der sinnlose Tod des Schotten McLeod sollte für

Die mit Mord und Terror herrschende Klasse wird nicht anders weichen, als durch die revolutionäre Gewalt. Wer will, daß es keine Gewehre mehr gibt, der heute an vorbereitet werden. Nicht wie es die Anarchisten sich vorstellen, mit ein paar gehorteten Bomben, sondern durch die allseitige militärische Erziehung der Massen im Klassenkampf. "Proletarier, ihr müßt rüsten. Rot Front!"

die Beamten eine neue(!) Mahnung zu noch größerer Vorsicht (!) beim Waffengebrauch, für die Bevölkerung aber ein Aufruf zu noch stärkerer Wachsamkeit gegenüber all denen sein, die mit Gewalt und Terror politische Ziele verfolgen".

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: 2 Hamburg 71,
Postfach 464

Verantwortlicher Redakteur:
Ernst Aust; Verlag: Ernst Aust,
Hamburg. Druck: Würzburger
Schnelldruck. Vertrieb: 87 Würz-
burg, Postfach 612; Postscheck-
konto: Hamburg, Nr. 26 27 67. Er-
scheinungsweise vierzehntägig
montags; Einzelpreis 50 Pfennig;
Abonnement Inland 11.-- DM für
ein Jahr (26 Ausgaben) einschl.
Porto, Ausland 11.-- DM für ein
Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich
Porto. Das Abonnement ist für
ein Jahr im voraus durch Über-
weisung auf unser obenstehen-
des Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Bergbautarifrunde

KAMPF IM RUHRGEBIET

Letzte Woche sagte es ein Kumpel von Minister Stein (Zeche in Dortmund) klipp und klar: "Wir müssen streiken! Die geben uns keinen Pfennig freiwillig. Früher gehörten wir zu den bestbezahlten Arbeitern. Ja, wir holen die Kohle aus der Erde. Für wen? Für die Industriebosse. Die Arbeit ist eine Knochenmühle und unser Lohn ist heute ein Hungerlohn. Die ganzen letzten Jahre wurden wir übers Ohr gehauen."

Die Zechenbarone waren schon immer Blutsauger!

Ihr Reichtum ist das Werk der Kumpel: das geförderte schwarze Gold. Die Erbitterung und der Haß auf die gesamte Blutsaugerbande wächst mit jedem Tag. Mit Staublunge, zerschlagenen Knochen und schon oft genug mit dem Leben mußten die Bergleute für die Höchstprofite dieser Geier bezahlen. Und die neuen Zechenbarone der Ruhrkohle AG (RAG) stehen den alten in nichts nach. Auch für sie ist der Kumpel ein Dreck, wenn es um ihre 'Kohlen' geht: Gesundschumpfung nennen sie es, den Kumpel kostets die Existenz! Von den 494000 Kumpeln im Bergbau im Jahre 1957 wurden bis heute 314000 gefeuert. Die einen wurden zu Frührentnern, Junge konnten vielleicht irgendeine Arbeit finden. Für die älteren, abgeschafften war das meist aussichtslos. Für die 180000 übriggebliebenen Kumpel heißt Gesundschumpfung: Ein grosser Teil wird einfach verlegt. Das bedeutet Lohneinbußen, oft über 10 DM pro Schicht, wie die von

aber heißt für die Kumpel noch mehr Schinderei, ohne daß es dafür das entsprechende Geld dazu gibt. In einem Flugblatt einer Gruppe Gewerkschafter der Zeche Minister Stein heißt es: "Kollegen, der Bergmann sinkt bei schwerer werdenden Arbeitsbedingungen immer tiefer in der Lohnskala. Als Beispiel wäre ein Streik in Flöz Dickebank zu nennen, wo bei Verringerung der Belegschaft die Arbeitsleistung soweit gesteigert worden ist, daß sie jetzt 50% über der Solleistung liegt, wobei der Lohn der Kumpel sich nur um Pfennige erhöhte. Oder nehmen wir Flöz Finefrau, wo bei 34 Grad noch Schwerstarbeit geleistet wird."

Also: Ein paar Jahre an Fleisch, Blut und Geld rausgepreßt aus den Kumpeln, soviel es nur geht, dann ab auf den Misthaufen, denn ein kranker Kumpel taugt für die Zechenbarone nichts mehr. Dann schmeißen sie sich schnell an die Jungen ran: Schamlos lügen sie ihnen die besten Ausbildungschancen vor, um sie

oder krank auf den Pütt gehen.

Anstatt die kranken Kumpel zum Arzt zu schicken, übernimmt der Betriebsrat diese Aufgabe: Einzeln holt er sie sich und versucht dann, mit allen möglichen Tricks, den Kumpel fertig zu machen und von den anderen zu isolieren.

Die alten Zechenbarone, die neuen Zechenbarone und die IG-Bergbau-Bonzen — alles eine Sippe!

Die Kumpel haben schon lange die IG BE-Bosse und ihren Verrat durchschaut. Arendt, der 1967 den Streik der Kumpel abwürgte, kann sich nicht mehr blicken lassen. Er hat sich vorsichtshalber auf einen 'sicheren' Ministersessel in Bonn zurückgezogen. Die erfolgreichen Demonstrationen gegen die Stilllegung der Zeche Hansa 1967 ließ die

Schmarotzer am Volk zittern; mit ihren roten Fahnen zeigten die Kumpel, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland lebt und vorwärtsmarschiert.

Damals war der Bourgeoisie handgreiflich klar geworden, daß sie jetzt zur Sicherung ihrer Herrschaft und zur Niederhaltung der Arbeiterschaft eine neue Partei braucht. Eine

barone boten 5,25%. Die Antwort der Kumpeln: erhöhte Streikstimmung. Also haute IGBE-Vorsitzender Schmidt auf die Pauke: Für Freitag (16.6.) wurde die Urabstimmung für Dienstag angesetzt. "Keine Tonne Kohle aus dem Schacht und kein Kilo von der Halde!" so seine Worte. Nach Ankündigung der Urabstimmung schmolzen die Halden, die Stahlwerke wurden verstärkt beliefert. Die Kampfstimmung unter den Kumpeln wuchs. Aus Angst sagten die Gewerkschaftsbonzen die für Samstag angekündigte Betriebsversammlung auf "Minister" ab und gleich am Sonntag auch die Urabstimmung!

Die Kollegen waren wütend. Beim Verkauf des Roten Morgen vor "Minister" gab es heftige Diskussionen. Unsere Genossen und viele entschlossene Kumpel zerstreuten die Bedenken derjenigen, die Angst hatten, durch den Streik etwas zu verlieren. "Was haben wir denn zu verlieren! Wenn wir alle streiken, können wir gar nichts machen und wir können nur was gewinnen," sagten die einen. Oder ein Kumpel sagte über die Erfahrungen, die er beim Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen letztes Jahr gemacht hat: "Hatte mich auf's Gleis gesetzt und das war richtig. Wenn damals noch mehr mitgemacht hätten in Dortmund, hätten wir auch was erreicht wie in Hannover dieses Jahr. Und auch heute hilft nur Streik!"

Aber wie bei den Aktionen gegen die Fahrpreise, so versucht die DKP auch überall, wo die Wut und Kampfbereitschaft der Arbeiter anschwillt,



"Germania" (stillgelegte Zeche zwischen Dortmund und Bochum) nach "Minister" verlegten Kumpel berichteten. Dazu kommen die langen Anfahrtswege von den alten Bergarbeitersiedlungen an den stillgelegten Zechen zu den "neuen", oft weit über eine Stunde, also ein Arbeitstag von 10-12 Stunden.

Was nicht stillgelegt wird, wird durchrationalisiert. Rationalisierung

DGB-Kongress in Westberlin

"Wird der DGB die Kraft der Millionen zur Geltung bringen?" Diese Frage stellt das Blatt der DKP-Revisionisten zum 9. Kongress des DGB. "Der DGB", genauer: die gekauften Bonzen im DGB-Apparat, werden allerdings nicht die Kraft der Millionen Mitglieder zur Geltung bringen, wie es die DKP ihnen noch unterjubeln will. Die DGB-Bonzen haben schon tausendmal bewiesen, daß sie nur noch die "Millionen" ihrer Herren "Sozialpartner", der Millionäre, zur Geltung bringen. Die 'Kraft' der Millionen Mark Beitragsgelder, die in der Neuen Heimat und den Gewerkschaftskonzernen stecken, die Millionen Mark Aufsichtsratsantien von Vetter, Loderer und Co, — das ist und bleibt die Kraft, die die DGB-Bürokraten bewegt.

Es gibt noch eine andere Kraft, eine Kraft, vor der die DGB-Bürokraten eine Heidenangst haben: die wachsende Kampfbereitschaft der Millionen organisierten und nicht organisierten Kollegen. Um die oppositionellen Kollegen abzuwiegeln, jammert die DKP in der UZ (Hausblatt der DKP) wieder einmal scheinheilig, daß die innergewerkschaftliche De-

dann gleich bei der ersten Zwischenprüfung wieder rauszusieben. Statt Ausbildung bieten sie dann den "frischen" Jungbergleuten Schinderarbeit als Gedingschlepper an. Die etwas älteren, von den Blutsaugern gesundheitlich angeknacksten und ruinierten, schmeißen sie dann schamlos raus oder drohen ihnen damit, so daß die Kumpels noch mehr reinhauen sollen. Also entweder raus

mokratie bei der Vorbereitung des 9. DGB-Kongresses beschnitten worden sei. Die Anträge und das neue 'Aktionsprogramm' des Vorstands wurden erst kurz vor dem Kongreß den Delegierten vorgeknallt, die Antragskommission schob und manipulierte nach Herzenslust, auch bei den Delegiertenwahlen hinten und vorne Schiebung. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß nach den Betriebsratswahlen eine Welle von Ausschlüssen eingeleitet wurde, um kommunistische, klassenkämpferische und oppositionelle Gewerkschafter kalt zu stellen.

Ständig warnen die Speichellecker der DKP davor, daß sich "die Gewerkschaft an das System binden" könnte. Als ob die Bonzen nicht schon längst und für ewig gekauft wären!

Ständig betont die DKP ihre "parteiliche Neutralität in der Gewerkschaft" als ob die Bonzen nicht eindeutig die Partei der Kapitalisten ergriffen hätten. Was tun die DKP-Revisionisten nicht alles, um zu einem Polstersessel im Gewerkschafts- oder Betriebsratszimmer zu kommen.

Vorbereitung des Reichswirtschaftsrats?

Die Verschmelzung der Gewerkschaft mit dem bürgerlichen Staat

und seinen Parteien geht immer schneller voran. Vetter will jetzt dar-

Partei wie die DKP, die in Worten von Ernst Thälmann und Lenin ruft, in Taten aber das Werk der heldenhaften deutschen kommunistischen Bewegung verraten hat. Bereits 1969 konnte die DKP ihren ersten 'Einsatz' beweisen, indem sie die Ruhrarbeiter vom Marsch auf die Paläste der

angehen, die "Konzertierte Aktion" auszubauen. "Nicht mehr reine Lohnmaschine" soll die Gewerkschaft sein. Vetter hat ein "Langzeitprogramm" für die konzertierte Aktion entworfen, bei dem der Dreibund von Kapital-Staat-Gewerkschaftsführung nicht nur über den Lohnraub, sondern auch über 'gesellschaftspolitische Fragen' wie Umweltverschmutzung, Währungspolitik, und Wirtschaftspolitik verhandeln soll.

Was bezweckt Vetter damit? Das 'Handelsblatt' hat es geschrieben: es heißt, daß die Gewerkschaftsfunktionäre in letzter Zeit besonderen Wert darauf legen, die Gewerkschaften aus ihrer Ordnungsfunktion in diesem Staat **herauszuargumentieren (!)**... Die zunehmende Unlust an der konzertierten Aktion wie sie sich auf sämtlichen Gewerkschaftskongressen zuletzt geäußert hat, gehört ebenfalls hierher.

Es wird also deutlich gesagt: alles dient nur zum "herausargumentieren", zum Herausreden!, zur Täuschung der Arbeiterklasse! Mit einer konzertierten Aktion, die über 'gesellschaftspolitische Fragen' debattiert, soll den Arbeitern und Gewerkschaftlern die Illusion der Mitbestimmung vorgegaukelt werden. Die zunehmende Entlarvung des Bonner Bundestages als Korruptions- und Schwatzbude, als Instrument des Volksbetrugs soll aufgefangen werden. Es soll mit der "erweiterten konzertierten Aktion" eine Art zweites Parlament geschaffen werden, in dem die Arbeiter angeblich durch die Gewerkschaftsbonzen vertreten seien. Vetter hat schon gefordert, daß

korrupten Gewerkschaftsbonzen abhielt. Heute fordert sie die alten Betrugsmanöver wie "Mitbestimmung" und "Verstaatlichung", alles 'Errungenschaften', die der Ruhrkumpel besonders gut an seinem eigenen Leib als rein kapitalistischen Errungenschaften erfahren hat.

Auch die bedingungslose Unterstützung der DKP gegenüber den IG BE'-Bonzen wurde jetzt wieder deutlich. Die IG BE' forderte 9%, was die Kumpels als Schweinerei bezeichneten. Nicht 9%, sondern DM 12. — pro Schicht, das ist richtig. Die Zechen-

Der Verrat der Bonzen in der Gewerkschaft und der modernen Revisionisten in der DKP wird den Untergang der Zechenbarone nicht verhindern!
Mit der Klasse — für die Klasse!
Vorwärts mit der KPD/ML!

auch Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Arbeit und "Soziales" usw. in der konzertierten Aktion dabei sein müßten. Worauf das Ganze rausläuft, hat Alex Möller auch schon ausgeplaudert. Er meinte, das würde Ängste wachrufen, die "in Richtung auf einen ständestaatlich organisierten 'Reichswirtschaftsrat' zielen." So wird auch beim 9. DGB-Kongreß wieder deutlich, wie die zunehmende Faschisierung der Gesellschaft, sich beim DGB äußert in einem weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie und der verschärften Zentralisierung des Gewerkschaftsapparates. Die weitere Verschmelzung der Gewerkschaftsbürokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat und seinen Parteien wird dazu benutzt, um die Ausplünderungs- und Aufrüstungspolitik des westdeutschen Imperialismus zu unterstützen. Mit der erweiterten konzertierten Aktion wird 'der Reichswirtschaftsrat' nach faschistischem Muster vor-

bereitet.

Wer außerdem verfolgt hat, wie der DGB-Kongreß voll die Revanche-Politik Bonns unterstützt, der wird an die Rolle der reformistischen Gewerkschaftsführer von 1914 erinnert, die ihre Mitglieder zur Unterstützung des 1. imperialistischen Weltkrieges aufriefen; oder an den 1. Mai 1932, als Wels, Leipart und Konsorten des ADGB zur Teilnahme an den Nazi-Maifeiern aufriefen.

Die DGB-Bonzen werden nicht dulden, daß die Arbeiterklasse den Gewerkschaftsapparat wieder zu ihrem Kampfinstrument macht. Die Ausschlußwelle rollt schon an. Wir Kommunisten arbeiten in den Gewerkschaften, wir nutzen den Apparat aus, nicht um Pöstchen zu erobern, sondern um die Millionen Mitglieder zu gewinnen.

Wir werden sie mit den Unorganisierten und Ausgeschlossenen in der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammenschließen.

Kapitalistisches

DIE HAUPTTENDENZ IN D

Ausbeutung versüßt

Immer mehr US-Unternehmen gehen dazu über, der Belegschaft "die Langeweile" am Arbeitsplatz "zu vertreiben."

Nach dem Motto "fröhliche Kühe geben mehr Milch" (Chef des Gastronomiekonzerns McDonald's) werden die Werk-tätigen seiner Verwaltungszentrale in Chicago dazu angehalten, zur Arbeit in Freizeitkleidung zu kommen und schon am frühen Nachmittag die Arbeit einzustellen.

In anderen amerikanischen Firmen werden "Mitarbeitern, die eintönige und sich wiederholende Routine-Arbeiten zu erledigen haben", Unterhaltungsmusik, Besuch des Firmenkinos usw. geboten. In der amerikanischen Gewürzfabrik Mc. Cormick's & Co darf "jeder Beschäftigte einmal innerhalb von sechs Monaten Firmenmanager spielen".

Wenn diese Beispiele auch eine pessimistische Zweckpropaganda verbreiten sollen, daß "die Arbeiter ja das so haben wollen, sie würden sich ja sowieso nicht zur Wehr setzen", so geben diese Beispiele doch einen Einblick, wie der Kapitalist versucht, aus jeder Minute Arbeitszeit noch mehr an Leistung herauszupressen.

Profit durch Pillen

"Nicht eine einzige Krankheit", so versichern Experten, könne mit einem Medikament, das Vitamin E enthält und das jetzt mit grossem Werbeaufwand auf den Markt geworfen wird, geheilt werden.

Treibt den anti-imperialistischen, antimilitaristischen Kampf voran!

Wo es Unterdrückung gibt, dort gibt es auch Widerstand. Die neuere und neueste Weltgeschichte ist zugleich auch die Geschichte vom heroischen Kampf des Proletariats, der unterdrückten Völker und unterjochten Nationen der Welt gegen Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus... (Mao Tsetung)

Hemmungsloser faschistischer Bombenterror gegen das vietnamesische Volk. Vom 10. April bis 29. Juni 37 Deiche und 33 Wasserkraftwerke bombardiert. Allein an einem Tag 55 Angriffe durch Nixons Jagdbomber auf das Kraftwerk Thac Ba. Wichtige Industrieanlagen, u.a. Stahlwerke in Trümmer gebombt.

Krankenhäuser, Wohnsiedlungen und Schulen in Schutt und Asche gebombt. Zehntausende von Zivilisten durch Bombenterror ermordet. Das ist die Atombombe auf Raten! Mit der 'Friedens'palme in der Hand ist Nixon zur totalen faschistischen Ausrottungspolitik in Vietnam übergegangen!

Die internationale Arbeiterklasse, die Völker der Welt lassen sich nicht durch Nixons 'Friedens'logen täuschen. Die Antwort der Völker auf den Mordfeldzug der US-Aggressoren heißt: dem USA-Imperialismus die Faust in die Mörderfratze — militante Solidarität mit dem vietnamesischen Volk!

Überall:

Militante Solidarität mit dem vietnamesischen Volk!

Hier einige Beispiele aus verschiedenen Teilen der Welt: In der Hauptstadt der Philippinen, Manila, organisierten Arbeiter, Bauern und Studenten einen machtvollen Kampfzug zur amerikanischen Botschaft. Große Polizeikräfte, angeführt von amerikanischer Militärpolizei schirmten die Botschaft ab, doch Verhaftungen und Polizeiknüppel konnten den Kampfwillen der Massen nicht brechen. Die ganze vordere

Die kommunistische Partei Großbritanniens (ML), unsere Bruderpartei, organisierte Massenkundgebungen in London gegen den Bombenterror der Nixon-Bande.

In den skandinavischen und europäischen Ländern, in Paris, Rom Stockholm, Westberlin, — überall Massendemonstrationen — überall zerbrochene Scheiben in US-Konsulaten — überall die Rufe: Amis raus aus Vietnam, Ami go home, nieder mit den

stickten wollten, stieg die Arbeiterklasse in vielen Ländern auf die Barrikaden und organisierte die machtvolle Kampagne "Hände weg von China".

Diese großartige Kampftradition des proletarischen Internationalismus ist nicht untergegangen. Heute muß und wird auch die deutsche Arbeiterklasse daran anknüpfen. Die Aufgabe der Marxisten-Leninisten ist es, machtvolle Kampagnen zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes durchzuführen. Aber dieser Kampf darf nicht nur auf der Straße geführt werden. Er muß in die Betriebe getragen werden.

So streiken seit neun Wochen japanische Hafenarbeiter nicht nur um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Sie weigern sich auch, Schiffe mit amerikanischem Kriegsmaterial für die Aggression in Vietnam zu beladen. Stattdessen befestigen sie Losungen gegen die USA-Aggressoren an den Schiffen.

Auf diesem Wege müssen wir die anti-imperialistische Bewegung der Werk-tätigen vorantreiben. Propagieren wir militante Kampfformen: in den Zentren der Rüstungsproduktion, in den Napalm- und Giftküchen der Che-



Aber damit trotzdem Millionen von diesem Zeug verkauft werden, wird eine ganze Werbeindustrie eingespannt, reist eine ganze Schar von Ärzten Beratern durchs Land, um den Absatz zu steigern. Auch die medizinische Ausbildung der angehenden Ärzte wird so ausgerichtet, daß sie zwar gute Kenner der verschiedenen Präparate sind, jedoch von den Ursachen der Krankheit fast keine Ahnung haben. Denn je mehr Rezepte der Arzt verschreibt, desto größer werden die Profite der Arzneimittelkonzerne.

Klassenjustiz

Zahlt man für sein Auto keine Versicherungsprämie mehr, so erlischt bekanntlich der Versicherungsschutz. Der Autobesitzer muß dann bei Unfällen selbst blechen. Wie sieht das bei einem Fuhrunternehmen aus, wenn der Besitzer nicht gezahlt hat? Dann ist er dran. Weit gefehlt! Er macht Konkurs und wird zahlungsunfähig. Dann sucht sich die Versicherung einen anderen Dummen, den Fahrer (so geschildert in der ADAC Motorwelt 6/72). Dieser wurde zu 190000.— DM verknackt. 10000.— DM hat er in 5 Jahren schon abbezahlt. Dazu ein Zitat des Oberlandesgerichts Nürnberg: 'Der Verlust der Existenz ist eben das Risiko, das der Versicherte eingeht, wenn er die versicherungsvertraglichen Obliegenheiten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt.' Es ist also grob fahrlässig, wenn ein Fahrer seinen Chef nicht jede Woche fragt, ob er die Prämie bezahlt hat. Der Richter in der Urteilsbegründung: 'Hätte er vorher nachgeforscht und festgestellt, daß der Firmenwagen nicht mehr versichert war, dann hätte er eben nicht mehr damit herumfahren dürfen.'

Fensterfront der US-Botschaft ging unter dem Steinhagel der Demonstranten zu Bruch. An der Spitze der Demonstranten kämpften die Genossen der philippinischen marxistisch-leninistischen Partei (KP-Philippinen/ML).

In Lima, der Hauptstadt Perus, marschierten 15000 Arbeiter, Bauern und Studenten in einer Demonstration gegen die USA-Aggressoren. Sie führten Vietkong-Fahnen mit und riefen: "Yankees, schert euch weg aus Peru!"



Der unvergessene Beitrag der deutschen und internationalen Arbeiterklasse für den Freiheitskampf des spanischen Volkes! Das Foto zeigt das Thälmann-Bataillon.

talistischen Länder sich gegenseitig im Kampf gegen Ausbeutung und Faschismus und übten praktische Solidarität mit dem Kampf der Völker in den Kolonialländern.

Als z.B. in der Inflationszeit die Arbeiter Hunger, Not und Elend litten, schickte die damals noch sozialistische Sowjetunion waggonweise Brot und andere Lebensmittel nach Deutschland. Die Begeisterung der deutschen Arbeiterklasse war unbeschreiblich. Als der Franco-Faschismus mit Unterstützung durch Görings Luftwaffe die revolutionäre junge spanische Republik bedrängte, kämpften Arbeiter, Bauern und an-

Völkermördern, Nixon an den Galgen! Bomben explodieren in US-Militärstützpunkten in Teheran, Heidelberg, Frankfurt und anderen Städten Europas. Überall Tribunale gegen die Verbrechen des US-Imperialismus.

Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ist reich an hervorragenden Beispielen militanter Kampfformen des proletarischen Internationalismus. Unter der Führung der kommunistischen Parteien unterstützten die Arbeiter der kapi-

Japanische Eisenbahner unterstützen den Kampf des vietnamesischen Volkes, indem sie amerikanische Militärtransporte verzögern. Hier kleben Arbeiter einen Boykottaufruf an die Waggon.

miekonzerne, in den Nachschub und Verladehäfen, in den deutschen und amerikanischen Kasernen muß der antiimperialistische und antimilitaristische Kampf entfaltet, muß der USA-Imperialismus angeprangert, müssen Boykotte- und Sabotageaktionen organisiert werden. Dieser Kampf muß nach dem Beispiel der japanischen Kollegen mit dem Kampf gegen die eigenen Ausbeuter verbunden werden.

Die westdeutschen und westberliner Arbeiter werden mit solchen revolutionären Formen der praktischen Solidarität den Pazifismus der DKP/SEW-Führer rechts liegen lassen, ihre Abwiegungsmanöver zuschanden

machen und sich immer enger mit den vietnamesischen Klassenbrüdern zusammenschließen.

Die Arbeiter pfeifen auf Pazifismus und 'Friedens'choräle. Schon viele Arbeiter wollen durch praktische Solidarität das vietnamesische Volk unterstützen. Ein Beispiel aus unserer Agitation und Propaganda der letzten Zeit steht für viele:

Während des ROTEN MORGEN Verkaufs im Hamburger Hafen fragten uns zwei Arbeiter, wie kommen wir nach Vietnam, wir wollen zusammen mit den vietnamesischen Kollegen gegen den Ami kämpfen.

Lernen wir von diesen klassenbewußten Kollegen!

Vorwärts im Kampf gegen die amerikanischen Kriegsverbrecher

Ami-Besatzer raus aus Westdeutschland und Westberlin

Ausländische Truppen raus aus Deutschland!

Es lebe die Solidarität der deutschen Werktätigen mit dem vietnamesischen Volk!

Haupttendenz ist Revolution!

WELT IST REVOLUTION!

Hört Radio Tirana!

Studiert die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens!

Das kleine, heroische rote Albanien ist der Leuchtturm des Sozialismus in Europa. Die korrekte und ruhmreiche marxistisch-leninistische Partei der Arbeit Albaniens (PAA) mit ihrem Führer Enver Hoxha an der Spitze ist ein Vorbild für alle Revolutionäre.

Die PAA leitete den bewaffneten Befreiungskampf des albanischen Volkes gegen die italienischen und deutschen Faschisten. Sie bewaffnete das Volk nach seiner Befreiung gegen die Angriffe der jugoslawischen Agenten des Imperialismus um Tito und entlarvte konsequent den Verrats- und Spalterkurs der Chruschtschowbande. Unermüdlich kämpfte die PAA zusammen mit der KP Chinas in vorderster Front gegen die revisionistischen Spalter der Kommunistischen Bewegung und schmiedete die neue Einheit der Marxisten-Leninisten.

Unsere junge Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-

Leninisten ist immer wieder durch die proletarisch-internationalistische Haltung der albanischen Genossen gestärkt worden. Die Anerkennung und direkte Unterstützung durch unsere Bruderpartei hat der KPD/ML gerade in letzter Zeit wieder geholfen, die Opportunisten, Liquidatoren und versteckte, revisionistische Agenten aus ihren Reihen zu säubern und so klar wie nie zuvor ihre revolutionäre Linie zu entwickeln.

Diese großartige internationalistische Haltung der PAA muß uns noch mehr anspornen, die Lehren aus der Geschichte der PAA zu studieren, die korrekte Linie der PAA für unseren Kampf nutzbar zu machen und die Erfolge des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus, bei der Verteidigung des Landes gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus zu propagieren!

Es lebe das rote Albanien!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens!

Es lebe der proletarische Internationalismus

"Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt"

Schriftenreihe, herausgegeben durch die Abteilung für Agitation und Propaganda beim ZK der KPD/ML.

Militante Streikämpfe, Straßenschlachten und Fabrikbesetzungen in Frankreich, Italien, England. Im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen die zunehmende Ausplünderung der Werktätigen, im Kampf gegen Streikverbot und staatlichen Terror gegen die Arbeiterbewegung stehen heute bereits die marxistisch-leninistischen Parteien in Europa immer häufiger an der Spitze. Das Vertrauen der Massen wächst, der Verrat des modernen Revisionismus wird erkannt und die revolutionäre Perspektive wird immer klarer. In Spanien, Irland und der Türkei haben die Arbeiter und Bauern schon zu den Waffen gegriffen, um der Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende zu setzen.

Auch in den Ländern der revisionistischen Herrschaft, in Polen, der CSSR, der Sowjetunion werden Flugblätter verteilt, werden illegal Streiks und Demonstrationen organisiert. Überall im Zarenreich wird die Herrschaft des Kreml angegriffen.

Die Herausbildung und Erstarkung der marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien in den vom Revisionismus beherrschten Ländern ist ein deutliches Zeichen für dessen Untergang, für das Aufflammen des revolutionären Sturms. Immer notwendiger wird es, daß sich die Marxisten-Leninisten zusammenschließen, daß das Band des proletarischen Internationalismus enger geschmiedet wird, daß die KPD/ML gemeinsam den Kampf an der Seite ihrer Bruderparteien führt, aus ihren Erfahrungen lernt und ihren Kampf unterstützt.

Die Herausgabe der Schriftenreihe beginnt mit der Über-

Revisionistisches

Brechung des Widerstandes

Wie aus der sowjetischen Presse zu entnehmen ist, werden 1973 wieder die Parteibücher umgetauscht. Was das Ziel dieser Aktion ist, die von den Sowjetrevisionisten "als notwendiger Schritt zur ideologischen Festigung der Partei" umschrieben wird, liegt klar auf der Hand. Dafür gibts Beispiele. Fast alle revisionistischen Parteien führten nach Stalins Tod ähnliche Kampagnen durch. So wurden z.B. aus der SED und der KPdSU alle diejenigen rausgedrängt, die ideologisch feste Genossen, zumeist alte Kommunisten, Antifaschisten, waren und die mit der "Verdammung" Stalins nicht einverstanden waren. Die Widersprüche in der KPdSU sind heute bereits so fortgeschritten, daß die Breschniew Clique zur Aufrechterhaltung ihrer sozialfaschistischen Herrschaft zu solchen Mitteln greifen muß. Ähnliche Aktionen wurden voriges Jahr in der DDR und der CSSR durchgeführt.

Revisionisten als Staatserhalter

In der Unidad popular bestand Uneinigkeit in der Frage, wie man den Ultralinken begegnen müsse. "Luis Corvolan, Generalsekretär der KP-Chile dazu: "Die Kommunistische Partei weist jede Tendenz und jeden Akt zurück, der auf eine bewaffnete Konfrontation abzielt, um auf diesem Wege die Klassenkonflikte zu lösen. Die bewaffnete Konfrontation im na-

DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM VON RADIO TIRANA

Mitteleuropäische Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00 - 6.30	41 und 50 Meterband	215 Meter
13.00 - 13.30	32 und 41	
14.30 - 15.00	32 und 41	
16.00 - 16.30	32 und 41	
18.00 - 18.30	32 und 41	
19.00 - 19.30	41 und 50	
21.30 - 22.00	41 und 50	
23.00 - 23.30	41 und 50	215 Meter

32-Meterband entspricht 9,26 MHz
41-Meterband entspricht 7,23 MHz
50-Meterband entspricht 5,95 MHz

DAS BEWUSSTSEIN DER WERKTÄTIGEN BAUERN WÄCHST

Mai 72. Frühjahrsmanöver der NATO in Mittelfranken. Als bei Gunzenhausen Panzer und Kettenfahrzeuge der amerikanischen, britischen, kanadischen und westdeutschen Kapitalistentruppen wahllos über die frischbestellten Äcker und Felder kurvten, erhoben sich die werktätigen Bauern zum Protest. Erfolglos. Bald sahen sie, daß man diesen Herren nicht mit Protestschreiben beikommen kann. Da erinnerten sich die Bauern ihrer alten kämpferischen Tradition aus den Zeiten des Bundschuhs. Mit Mitgabeln und Steinen vertrieben die Bauern die Militärs von den Feldern. Die Soldaten mußten die Luken ih-

rer Panzer schließen. Schlimm ging es dagegen den Offizieren in offenen Jeeps. Ein Oberleutnant der Bundeswehr wurde "sogar vom Stiefel eines Bauern in den Rücken getroffen" — wie die AZ (Abendzeitung) einen Arschtritt ironisch umschreibt! Die Militärs riefen schließlich Hub-schrauber zu Hilfe, die die Bauern im Tiefflug abdrängen wollten. Aber der Kampf der werktätigen Bauern führte zum Erfolg: Das Manöver mußte abgebrochen werden. Hände weg vom Land der werktätigen Bauern! Kampf der Nato, dem Kettenhund des Kapitals!

setzung der ROTEN FAHNE Nr. 1 und 2, dem Zentralorgan unserer Bruderpartei in Polen, der KOMMUNISTISCHEN PARTEI POLENS. Diese unter schwersten illegalen Bedingungen arbeitende Partei hat bereits gewaltige Erfolge im Kampf zur Wiederherstellung eines unabhängigen und sozialistischen Polens erzielt. Unsere polnischen Genossen zeigen genau auf, wie die Restauration des Kapitalismus durch die Gomulka-Giereck-Clique immer offener zutage tritt, wie die revolutionäre Arbeiterbewegung Polens ihre neuen Ausbeuter immer mehr in die Defensive drängt. Die polnischen Genossen zeigen, daß die Mörder der demonstrierenden Arbeiter vom Dezember 1970 bald zur Rechenschaft gezogen werden. Die polnischen Genossen entlarven auch das Komplott der Giereck-Clique von Moskaus Gnaden mit dem BRD-Revanchisten Willy Brandt, das sich im sogenannten 'Warschauer Vertrag' niedergeschlagen hat.

So zeigt die "Rote Fahne" wie die deutschen und polnischen Marxisten-Leninisten, wie die deutschen und polnischen Arbeiter fest zusammenstehen müssen und sich von keinen Chauvinismus und Nationalismus, von keinem Revisionismus spalten lassen dürfen.

Lest:

"Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt" Nr. 1

Es lebe die kommunistische Partei Polens

Preis DM 1.—

In 2 Wochen erscheint Nr. 2:

"Eins teilt sich in zwei"

Ein Beitrag der Genossen der KOMMUNISTISCHEN PARTEI FRANKREICH/MARXISTEN-LENINISTEN zur Frage des Parteaufbaus, des Kampfes für die Einheit der Marxisten-Leninisten in ihrer Partei.

Bestellungen an:

Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2 Hamburg 11

Postfach 11 16 49

Zahlungen richten an Postscheckkonto Hamburg Nr. 19 35 72

nationalen Maßstab ist nicht unvermeidlich und noch weniger wünschenswert. **Wir sind entschlossen, genügend Kräfte zu sammeln, um sie zu verhindern.** Die KP appellierte in dieser Situation, die Reihen um das UP-Programm und um den Präsidenten zu festigen. Luis Corvalan: "Das ist unserer Ansicht nach revolutionäre Politik..." (wörtlich UZ)

Man merke und verkünde diese ungeheuerliche Tatsache überall: "Revolutionäre Politik" besteht nach Meinung der Revisionisten darin, genügend Kräfte zu sammeln, um bewaffnete Klassenkonflikte zu verhindern!

Reißt diesen Lügner und Verräter ihre heuchlerische Maske vom Gesicht!

Bonzen - leben in der SU

Diebstahl, Unterschlagung und Mißbrauch haben in der SU einen so großen Umfang erreicht, daß selbst offizielle Stellen das hin und wieder verlauten lassen. So berichtete die Zeitschrift "Leben der Partei", Organ des ZK der revisionistischen Partei der SU, daß der Verwaltungschef der landwirtschaftlichen Hochschulen des Ministeriums für Landwirtschaft der UdSSR, P.A., Oreschkin eine lange Zeit große Summen Staatsgelder ausgegeben hat für Bankette mit seinen Freunden und "Genossen".

Die Zeitung "sovietskja Rosia" berichtet, daß zwei Zahlmeister einer Staatsfarm aus der Kasse 295000 Rubel unterschlagen haben, indem sie den Lohn von Arbeitern für sich behielten, die nur dem Namen nach existieren. Diese Gaunerei wurde vom Vizeminister der Landwirtschaft gedeckt.

Es stimmt, der Revisionismus bedeutet Machtantritt der neuen Bourgeoisie. Er bringt alle die "Eiterbeulen" der alten Gesellschaft wieder hervor, die im Kapitalismus an der Tagesordnung sind.

Die brennenden Fragen der Bewegung

KOMMUNISMUS GEGEN DIE ZWILLINGSBRÜDER FASCHISMUS UND REVISIONISMUS!

Im letzten ROTEN MORGEN haben wir aufgezeigt, wie die Bourgeoisie fieberhaft ihre bedrohte Herrschaft mit den 'Gesetzen zur inneren Sicherheit' abzusichern versucht. Nach monatelanger systematischer Vorbereitung durch Bürgerkriegsübungen, Mobilmachungsübungen und faschistischer Progromhetze in Rundfunk und Presse gegen alle 'Staatsfeinde' wurden mit nur einer einzigen Gegenstimme im Bundestag die Gesetze jetzt angenommen:

Das 'Verfassungsschutzgesetz' — spricht Gestapogesetz
Das 'Vorbeugehaftgesetz' — spricht Schutzhaftgesetz
Das 'Bundesgrenzschutzgesetz' — spricht Gesetz zur Bildung einer Schutzstaffel für den Bürgerkrieg

Hinzu kommt noch das am 2. Juni verabschiedete Gesetz "über den Ersatzdienst" — mit ihm wurde der Arbeitsdienst eingerichtet.

Zweifellos handelt es sich hier um

den weitesten Schritt auf dem Weg zur Notstandsdiktatur seit der Verabschiedung der Notstandsverfassung. Zweifellos werden diese Gesetze sofort ihre Anwendung bei den nächsten Streiks, bei Demonstrationen, Hausbesetzungen usw. bei jedem Widerstand der Bevölkerung gegen die zunehmende Ausplünderung, den zunehmenden Militarismus und Revanchismus finden. Bereits vor und während der Verabschiedung der Gesetze tobte der Terror. Mordkommandos der Polizei killten ganz offen unbewaffnete Bürger, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen bei Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Kräften, Beschlagnahme von Flugblättern, Zeitungszensur und Nachrichten-sperre.

Sollen wir Kommunisten jetzt ein großes Geschrei anstimmen, daß der Faschismus die größte Gefahr und die alte 'Demokratie' un-

ser schönstes und bestes Stück ist? Sollen wir jetzt nur noch 'zur Verteidigung gegen den Abbau der demokratischen Rechte' alle Kräfte mobilisieren? Nein, das hieße genau in Opportunismus und Kapitulation zu verfallen, genau das, was die Bourgeoisie braucht und erreichen will.

Wir Kommunisten betonen immer wieder, was Lenin sagte: Daß die freieste 'demokratische Republik' im Kapitalismus nicht anderes ist als die verhüllte Diktatur des Kapitals. Wir sagen weiter mit Stalin, daß die bürgerliche Demokratie ständig mit dem Faschismus schwanger geht, und daß man daher den bürgerlichen Staat stürzen und zerschlagen muß, um den Faschismus zu verhindern. Stalin sagte weiter, daß dies nur geschehen kann, wenn man die bürgerlichen Agenten in der Arbeiterbewegung — damals die Reformisten, heute besonders die modernen Revisionisten — entlarvt und

isoliert. Denn sie sind es, die dem Faschismus den Weg bereiten.

Wir haben im letzten ROTEN MORGEN gezeigt, wie die DKP/SEW den revolutionären Ansturm der Arbeiterbewegung auffangen will, indem sie die Arbeiterklasse für die "Verteidigung und Erneuerung der Demokratie gegen das Rechtskartell" einspannen will. Wir haben gezeigt, wie die Ideologie der modernen Revisionisten vom 'neutralen Staat', von der 'fortschrittliche und friedliebende Sozialdemokratie' die Arbeiterklasse ideologisch und politisch entwaffnen soll. Auch bei uns wird wieder deutlich, wie der Revisionismus genau wie in Weimar zum Wegbereiter des Faschismus wird. Stalin nannte die beiden deshalb zu recht: Zwillingbrüder.

Die Arbeiterklasse ist die konsequenteste Kraft im Kampf gegen den Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte, gegen die Faschisierung und Vorbereitung der Notstandsdiktatur. Die Arbeiterklasse ist es, die sich die bescheidenen heutigen 'Rechte' in blutigen Kämpfen erobert hat. Die Arbeiterklasse ist es, die am stärksten von der steigenden Ausplünderung und Unterdrückung betroffen wird. Sie soll Aufrüstung und Expansion der Großmacht BRD bezahlen, sie soll mit Entrechtung und Unterdrückung und mit ihrem Blut die Bonner Revanchepolitik bezahlen.

Die Arbeiterklasse ist es, die den Kampf allein auf das Ziel hinführen kann: die Zerschlagung des Staates, der nur Demokratie für die Reichen bringt, den Millionen aber Elend, Unterdrückung und Krieg. Nur die Arbeiterklasse kann einen Staat aufbauen, der wirkliche Demokratie für die Millionen Werktätigen bringt.

Den Kampf um dieses Ziel wollen die Arbeiterverräter in DKP/SEW verhindern. Sie rufen zum breitesten Bündnis aller demokratischen Kräfte verlieren aber kein Wort von der führenden Rolle der Arbeiter im antifaschistischen Kampf. Genauso verlieren sie auch kein Wort mehr darüber, daß der Kampf gegen die Faschisierung mit dem Kampf zum Sturz des bürgerlichen Staates verbunden werden muß. Sie verlieren auch kein Wort über den Ausschluß-Terror der Gewerkschaftsböden vor allem seit den Betriebsratswahlen gegen Kommunisten und klassenkämpferische, oppositionelle Kollegen. Dieser Ausschlußterror wie auch das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz liegen genau auf der Linie der Gesetze, die jetzt im Bundestag verabschiedet wurden: Knebelung und Unterdrückung der Arbeiterklasse, um den Ausplünderungs-, Aufrüstungs- und Revanchekurs des westdeutschen Imperialismus fortsetzen zu können.

ES LEBE DER KOMMUNISMUS

Haltet hoch im Kampf den Roten Morgen!

Kameraden, wir sind nie allein.

Kommunisten wolln die Massen führen.

Wollen Helfer, Kämpfer, Führer sein.

Das muß jeder Unterdrückte spüren!

Hast du deine Waffe schon erkannt?

Halte hoch im Kampf den ROTEN MORGEN!

Trag ihn täglich über Stadt und Land

Deine scharfe Waffe: ROTER MORGEN!

der revisionistischen Linie der D"K"P und ihren Nachbetern über die angebliche Möglichkeit einer 'demokratischen Erneuerung' des Bonner Monopolkapitalistischen Staates Vorschub leisten. Dieser Agent, dessen äußerst dunkle Beziehungen noch gelüftet werden, konnte durch die Wachsamkeit der Partei schnell

Nachdem sich die Partei auf dem außerordentlichen Parteitag Ende letzten Jahres von Opportunisten und Parteifeinden gesäubert hatte, ging es auch mit dem ROTEN MORGEN steil aufwärts. Das ist die Meinung, die in vielen Leserbriefen an die RM-Redaktion zum Ausdruck gebracht wird. Aber in den Briefen und Berichten von Genossen und Kollegen wird auch eine solidarische Kritik geübt. 'Geht noch mehr vom täglichen Leben der Massen aus, geht genauer auf ihre Fragen und ihre täglichen Probleme ein. Sagt uns, was wir tun sollen, wie der Klassenkampf entschlossen und gemeinsam in einer Reihe geführt werden kann. Redet noch verständlicher, kürzere Artikel!, macht einen RM, der übersichtlich ist und kein Labyrinth, in dem man die Fortsetzung von Artikeln lang suchen muß.'

Diese Kritiken sind berechtigt und an die Beseitigung der Schwächen wurde jetzt energisch rangegangen. Die schnelle Entwicklung der Klassenkämpfe, die gewachsenen Aufgaben der Partei, die rapide Erhöhung des politischen Niveaus der Partei verlangen auch ein entsprechendes Zentralorgan.

Worin haben die Schwächen des ROTEN MORGEN ihre Ursache? Einmal sind in der Partei bestimmte sektiererische Fehler noch nicht überwunden. Diese Tatsache wird zwar schon längere Zeit erkannt, es wurden aber nicht konsequent genug praktische Schritte eingeleitet, um dieses Sektierertum zu überwinden. So wurden Organisationsfragen stark vernachlässigt. Was nützt eine klare politische Linie im Kopf, wenn sie den Weg bis in die Druckerei nicht schafft. Was nützt die Einsicht, daß die Betriebe unsere Festungen werden müssen, wenn das Schreiben von Arbeiterkorrespondenzen nicht richtig organisiert angegangen wird? Wie soll der ROTE MORGEN konkreter und aktueller werden, wenn

auch solche Fragen wie Archiv und Mitarbeiterstab des ROTEN MORGEN nicht planmäßig gelöst werden?

Hinzu kommt, daß nach der Säuberung der Partei von den kleinbürgerlichen Liquidatoren einige versteckte Parteifeinde noch entlarvt werden konnten. So hat der "Fall Kühn" große Schwierigkeiten mit sich gebracht. Der technische Apparat des RM mußte von der Redaktion getrennt und nach Würzburg verlegt werden. So konnte es z.B. auch leichter passieren, daß in der Nummer 12 ein Artikel als Leitartikel erschien ("Unsere Haltung zu den Bombenanschlägen"), der in seiner überarbeiteten Form im gleichen ROTEN MORGEN nochmals erschien ("Bonn probt den Bürgerkrieg" - Seite 5 + 6).

Die Schwierigkeiten brachten mit sich, daß vorübergehend ein Fraktionist und vermutlicher Agent der DKP in die RM-Redaktion eindringen konnte. Das hat beispielsweise dazu geführt, daß in Nr. 11 vom 5 Juni ein vom Politbüro nicht kontrollierter Leitartikel zum Kampf des vietnamesischen Volkes/(Besiegt die USA-Aggressoren) erschien, der einen schweren politischen Fehler enthielt. In diesem Artikel wird bestritten, daß der sowjetische Sozialimperialismus selbst eine aggressive, räuberische Macht ist, die nach Welt-herrschaft strebt. Es wird dagegen so getan, als ob die Kremlzaren, den Kampf des vietnamesischen Volkes nur aus 'ideologischen Gründen sabotierten'. Weiterhin hat dieser Agent Verfälschungen der politischen Linie der KPD/ML in den Artikel "Den richtigen Weg einschlagen" geschmuggelt. Dort sind zweideutige Formulierungen enthalten, die

aus der RM-Redaktion entfernt und anschließend auch aus der Partei ausgeschlossen werden.

Wie sehr der ROTE MORGEN durch diesen Schlag gegen den Klassenfeind gestärkt wurde, kann man am letzten ROTEN MORGEN bereits feststellen. Jetzt heißt es weiter, alle Kräfte angespannt, um das Zentralorgan der KPD/ML, die Zeitung der Arbeiterklasse zur noch besseren Waffe in der Anleitung und Organisation des Klassenkampfes zu machen.

Dazu braucht man auch Geld. Es ist unbedingt notwendig, den technischen Apparat zu verbessern. Zur Zeit ist es so, daß erst 2 Wochen nach der Endredaktion der RM ausgeliefert wird.

Der ROTE MORGEN muß aber nicht nur aktueller werden, er muß auch größeren Umfang erhalten. Die der Partei gestellten Aufgaben sind bereits so groß, daß der Rote Morgen auf 12 Seiten bzw. 16 Seiten unbedingt schnellstens erweitert werden muß. Das Hindernis dazu ist vor allem das fehlende Geld, denn der Verkaufspreis wird natürlich nicht erhöht werden.

Genossen, Leser des ROTEN MORGEN! Unterstützt den ROTEN MORGEN mit allen Mitteln: Agitiert mit ihm jederzeit, propagiert mit ihm die Kommunistische Idee, organisiert mit ihm die Kollegen, indem ihr sie an die Partei heranführt und einreicht. Jeder Bericht, jede Kritik wird ernsthaft studiert und verwertet.

Spendet an den ROTEN MORGEN! Organisiert Sammlungen, werbt für Abonnements! Nutzt jede Gelegenheit, überall wo die Massen sind — im Betrieb, im Stadtteil in den Kasernen und Schulen — das Sprachrohr der Arbeiterklasse zu verbreiten.

Lieber Genosse Ernst!

Es lebe der Kommunismus!

Unsere Spende soll dieser Kampagne und dem weiteren Ausbau unseres ROTEN MORGEN dienen.

Verbesserungsvorschlag: Mehr Berichte 'Aus dem Parteilben' (wie jetzt zum 1. Mai und zum Kommunistenprozeß). Wir wollen miterleben, wie die Partei auch in anderen Städten und Dörfern kämpft und erstärkt.

Rotfront!
2 Sympathisanten Aus Westberlin

Redaktion: Vielen Dank, Genossen, für die 300.--DM. Über die Verbesserung des Roten Morgen werdet ihr bald hören.

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

2.5.	W.K., Essen	10.--
3.5.	M.P., Wilhelmshaven	25.--
4.5.	M.P., Wilhelmshaven	25.--
4.5.	E.G., Berlin	158,60
5.5.	Kieler Genossen	300.--
5.5.	W.W., Neukloster	4.--
8.5.	Kieler Genossen	200.--
8.5.	R.W., Berlin	7.--
9.5.	R.S., Braunschweig	20.--
19.5.	O.B., Tübingen	15.--
24.5.	Rote Garde Berlin	7.--
25.5.	Rote Garde Kassel	200.--
25.5.	Genossen aus Bochum	12.--
29.5.	F.P., Hamburg	9.--
29.5.	W.T., Wilhelmshaven	20.--
31.5.	W.K., Essen	10.--
31.5.	R.T., Bielefeld	12.--
5.6.	Rote Garde Waldeck	8.--
5.6.	Rote Garde Gunzenhausen	90.--
5.6.	H.A., Hamburg	50.--
6.6.	J.D., Marseille (Frankreich)	6,41
6.6.	Genossen aus Karlsruhe	150.--
8.6.	Landesverband Westberlin	50.--
8.6.	H.B., Tangstedt	15.--
9.6.	H.M., Nettetal	10.--
9.6.	G.G., Wehrdohl	10.--
9.6.	Genossen aus Wilhelmshaven	50.--
19.6.	M.G., Würzburg	9.--
19.6.	W.K., Essen	10.--
20.6.	H.K., Wilhelmshaven	10.--
22.6.	Genossen aus Wilhelmshaven	20.--
23.6.	T.M., Bochum	5.--
24.6.	Genossen aus Thailfingen	20.--

zusammen: 1.741,01

Die Nummer des Spendenkontos ist Hamburg,
Postscheckkonto Nr. 26 27 67.

Vorwärts mit der KPD/ML!
Haltet hoch im Kampf den ROTEN MORGEN!
Es lebe der Kommunismus!

Vorwärts mit der KPD/Marxisten-Leninisten

Fortsetzung von Seite 6

Kommunismus gegen die Zwillingbrüder Faschismus und Revisionismus

Keinen Schritt zurück vor

Faschismus und Revisionismus

Die Arbeiterklasse hat nach dem Übergang der KPD-DKP ins bürgerliche Lager eine neue revolutionäre Partei geschaffen, die KPD/ML. Die KPD/ML hat jetzt die Aufgabe, die fortschrittlichsten Arbeiter, die Kollegen, die noch durch den Verrat der Reimann-Ulbricht-Honnecker-Bande gelähmt und resigniert sind, für die Partei zu gewinnen. Die KPD/ML muß ihnen zeigen, der Kommunismus — die Ideologie und der Führer der deutschen Arbeiterbewegung seit über 100 Jahren — lebt! Die KPD/ML muß den revolutionären Ausweg aus Krise, Ausplünderung, Faschisierung und Krieg zeigen: in einem Programm der Revolution für die BRD.

Diese Aufgaben können nicht losgelöst vom Tageskampf der Ar-

beiterklasse um ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte angegangen werden. Wir sagen offen, daß hier Kinderkrankheiten des Sektierertums überwunden werden mußten und noch weiter überwunden werden müssen. Wir sind eine Kampfpartei. Eine Partei, die täglich an der Seite ihrer Klasse steht. Eine Partei, die jetzt nach allen Kräften versucht, die Massen über die verschärfte Ausplünderung, über Terrorgesetze und Faschisierung und deren Hintergrund aufzuklären: die tiefe wirtschaftliche und politische Krise des westdeutschen Imperialismus, der noch in seinem Untergang versucht, den Weg zur Supermacht in Europa, den Weg der Revanche und Aggression ein drittes Mal in diesem Jahrhundert zu gehen.

Wasserträger des Revisionismus

Es gibt aber noch Leute, die sich Marxisten-Leninisten nennen

serträger für die Revisionisten zu spielen.

Vorwärts zum Kampf gegen die Angriffe des bürgerlichen Staatsapparats!

Wir rufen die Genossen auf:
Erhöht euren Einsatz bei der Aufklärung der werktätigen Massen über die Angriffe der Bourgeoisie, über die Vorbereitung der Notstandsdictatur! Zeigt ihnen den revolutionären Ausweg! Wendet euch auch an andere Schichten, denen die Unterdrückung bewußt wird und gewinnt sie zur Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Faßt überall Resolutionen gegen die zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen und betont die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihr revolutionäres Ziel.

Vertreibt die Bundeswehr aus den Schulen und Universitäten! Gründet antimilitaristische Komitees in der Bundeswehr. Gebt kommunistische Soldatenzeittungen heraus!

Entlarvt und bekämpft jede Anwendung der neuen Terrorgesetze durch die Mobilisierung der Massen im Geiste des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie und ihren gesamten Gewaltapparat!

Entschlossen und organisiert den Ausschlußterror der Gewerkschaftsbonzen bekämpft!

Erhöht die Wachsamkeit gegen den Klassenfeind. Nutzt die Legalität und bereitet euch vor auf das Verbot der KPD/ML! Gebt den Drohungen und Schlägen der Bourgeoisie nicht nach. Haltet fest am revolutionären Ziel.

Zeigt den Mitgliedern der DKP, wie ihre Führer den Kampf der tausend Antifaschisten verraten haben, die im Kampf gegen den Faschismus und für ein sozialistisches Deutschland ihr Leben

ließen. Stoppt die Mordkommandos der Polizei!

Gegen Notstandsübungen, Polizeiterror und antikommunistische Hetze!

Schluß mit den Säuberungen kommunistischer und anderer klassenkämpferischer Kollegen aus den Gewerkschaften.

Schluß mit den politischen Entlassungen — freie politische Betätigung im Betrieb!

Kampf dem Verbot aller kommunistischen und demokratischen Organisationen

Kampf dem KPD-Verbot

NIE WIEDER FASCHISMUS, NIE WIEDER KRIEG

KAMPF FÜR DEN ARBEITERSTAAT BIS ZUM SIEG

STÄRKT DIE KPD/ML FÜR EIN VEREINTES UND UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND

Großveranstaltung in Westberlin am 1. Juli

Es lebe der Kommunismus!

"Ernst Aust spricht", so hieß es auf zehntausenden Flugblättern, die vor den Westberlinern Großbetrieben und in den Arbeitervierteln in Neu-Kölln.

"Wie geht es weiter?", diese Frage, die sich viele Kollegen hier in Westberlin immer dringender stellen, will die KPD/ML beantworten. Der 1. Mai im Wedding, der zunehmende Widerstand in den Betrieben gegen die politischen Repressionen

Gruppenabende für 6 Wochen ausfallen. Der Kollege berichtete weiter: "Und man hat den Genossen, die sich nachträglich zur Diskussion meldeten einfach gesagt: 'Hör mal, lieber Freund — Sportsfreund, wie man da sagt —, du bist ideologisch nicht stark ... du mußt erstmal an einem Kurs teilnehmen ... Wenn man wie ich, das 60. Lebensjahr überschritten hat und man sein Leben

stürmisch weiter bis zum Sieg verlaufen wird. Berlin wird wieder Hauptstadt Deutschlands, sagte er, aber nur des vereinten sozialistischen Deutschlands!

Der Beifall brandete auf, auch aus den Reihen der Gruppe Rote Fahne Bochum, die nur allzuoft gewohnt sind, vor lauter Tageskampf und

und die ihren Trennungsstrich nicht gegenüber den gefährlichsten Feinden der Arbeiterbewegung, den modernen Revisionisten ziehen, sondern gegenüber der KPD/ML. Kein Wunder, daß sie wieder in die Richtung der DKP abgleiten, wenn sie den Kampf gegen die Faschisierung führen. Auch bei ihnen verschwindet das Endziel, der Sozialismus, der Sturz des bürgerlichen Staates vor dem Kampf um die Erhaltung und Verteidigung der 'Rechte' im bürgerlichen Staat.

Was ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse auf der Linie der Volksfronttaktik alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte um sich scharen und im antifaschistischen Kampf führen kann? Die revolutionäre Vorhut des Proletariats muß um das Banner des Kommunismus zusammengeschlossen und in einer starken bolschewistischen Partei, die fest mit den Massen verbunden ist, organisiert sein. Heute ist die Arbeiterbewegung eben erst dabei, den Verrat des modernen Revisionismus zu erkennen und den Weg zum revolutionären Kampf, den Weg zum Sozialismus einzuschlagen. In der jetzigen Situation die Taktik der antifaschistischen Volksfront einzuschlagen, heißt auf die führende Rolle des Proletariats im antifaschistischen Kampf und auf seine revolutionäre Stoßrichtung zu verzichten. Das bedeutet nichts anderes als dem Revisionismus Tür und Tor zu öffnen und den Wegbereitern des Faschismus auf die Beine zu helfen.

Wir verurteilen auch die Theorie des Zentralbüros der Gruppe Rote Fahne Bochum, daß es im antifaschistischen Kampf zu einer Situation kommen könnte, wo der Kampf für den Sturz des bürgerlichen Staates zurücktreten solle hinter der Verteidigung der bürgerlichen 'Demokratie' vor dem Faschismus. **Kommunismus oder Faschismus heißt die klare Alternative, — alles andere heißt Was-**

Den deutschen Arbeitern ist noch zu gut in Erinnerung, wie die alte KPD und SED-Führung nach 1956 noch, als der westdeutsche Imperialismus wieder im Sattel saß, die Errichtung eines 'antifaschistischen demokratischen Staates' forderte und den Kampf für ein sozialistisches Deutschland aufgab. Es ist noch bekannt, wie die verbotene KPD vor dem Feind kapitulierte und sich in pazifistische und antifaschistische Organisationen wie Ostermarsch DFU und VVN auflöste und ihren proletarischen, bolschewistischen Charakter aufgab.

Das Zentralbüro kann ferner den antifaschistischen Kampf nicht konsequent führen, weil sie die SPD zur bürgerlichen Agentur, zum Hauptfeind in der Arbeiterbewegung erhebt und nicht die modernen Revisionisten. Ernst Thälmann sagte aber 1932, daß man, um den Faschismus zu schlagen und um ein sozialistisches Deutschland zu errichten, den Einfluß der bürgerlichen Agenten in der Arbeiterbewegung schlagen muß. Heute heißt das, nicht die SPD zu entlarven, daß sie ihre versprochenen Reformen im Parlament bricht. Welcher Arbeiter sieht denn noch in der SPD die Partei der Arbeiterklasse, die Partei des Sozialismus?! Heute heißt es der Arbeiterklasse zu zeigen, daß ihr Feind der moderne Revisionismus ist. Ihr Verrat an der kommunistischen Bewegung, der Verrat am Kampf für ein einheitliches sozialistisches Deutschland hält noch die fortgeschrittensten vom revolutionären Kampf zurück. Die revisionistischen Ideen, die auf vielfältige Weise in die Massen dringen, entwaffnen große Teile der Arbeiterklasse vor dem Angriff der Bourgeoisie. Wie kann denn das Zentralbüro den Kampf gegen den Faschismus führen, wenn es dessen Wegbereiter und Zwillingsbruder, den Revisionismus nicht bekämpft?

gegen die politischen Rausschüsse und Gewerkschaftsausschlüsse, die Mieterstreiks und Demonstrationen der letzten Wochen haben klar gezeigt: Auch für Westberlin gilt — Haupttendenz Revolution!

Und die Kollegen kamen. Der 500 Personen fassende Saal schien zu platzen. Dichtgedrängt standen die Menschen. "Der Kommunismus lebt!", das hat die Veranstaltung von der ersten Minute an beweisen.

Das haben auch die kleineren Vorbereitungsveranstaltungen bei den Betrieben und auch die Veranstaltungen der Roten Stadtteilgruppen der KPD/ML gezeigt. Gerade hier in Westberlin hat der Verrat der Ulbricht-Danielius-Clique viele revolutionäre Arbeiter in jahrelange Resignation getrieben. Jetzt stand ein SEW-Arbeiter bei einer Siemens-Veranstaltung auf und sagte z.B. zu den Ostverträgen, daß viel Kritik bei den SEW-Mitgliedern an der Politik von Breshnew und Honnecker kam. Die SEW-Führung ließ gleich alle

lang in der Arbeiterbewegung zugebracht hat, ob ich dann noch einen Kurs brauche, das frage ich mich!..."

Was wir von den DKP- und SEW-Führern halten, das steht in der Sondernummer des ROTEN MORGEN ausführlich dargelegt. 2500 Sondernummern des RM wurden bis zur Großveranstaltung vertrieben.

Auf der Großveranstaltung selbst herrschte von Anfang bis Ende revolutionäre Begeisterung. Agit-Prop-Gruppen der Partei aus Westberlin und München rissen die Genossen mit; der Parteifilm "Reform oder Revolution" beantwortete bereits in großartiger Weise viele Fragen, die heute die Kollegen an Kommunisten haben. Höhepunkt war, als der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust unter minutenlangem Beifall auf das Podium trat. Er legte in seiner Rede den Weg der deutschen Arbeiterbewegung dar, — wie er in der Vergangenheit verlief, wie er jetzt

Kampf um demokratische Rechte das Endziel aus den Augen zu verlieren. Genosse Ernst sagte weiter auf die Berliner Mauer eingehend: "Und die Mauer ist kein 'antifaschistischer Schutzwall', wie es die Revisionisten sagen. Wie schützt denn sich das viel kleinere Albanien! Nicht durch eine Mauer! Dort haben die Arbeiter und Bauern die Gewehre. Das ist der beste Schutz! Doch das können die Honnecker und Stoph sich nicht leisten. Die Gewehre in den Händen der Arbeiter und Bauern in der DDR, das ist ihr Ende, das bedeutet Zerschlagung der neuen Bourgeoisie in der DDR und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats." Unter dem aufbräusenden Beifall der hundert Genossen sagte er: "Unser Ziel heißt — für ein vereintes und unabhängiges sozialistisches Deutschland!"

Ein Kollege sagte beim Herausgehen: "Genossen, die Partei Ernst Thälmanns lebt wieder! Und ich bin dabei!"

VOM REVOLUTIONÄREN KAMPF NICHT ABRINGEN LASSEN!

Wie muß in imperialistischen Ländern der Kampf gegen Faschisierung und Faschismus geführt werden?

Kommunisten treten immer für den Kampf zur Verteidigung noch vorhandener demokratischer Rechte ein, bzw. für den Sturz des Faschismus. Sie müssen diese Frage zu jeder Zeit auf die Errichtung der wirklichen Demokratie, der Diktatur des Proletariats, ausrichten. Diese Linie muß die KPD/ML auch jetzt im Kampf gegen die verschärften Notstandsmaßnahmen verwirklichen. Hier zeigt sich ganz klar der Trennungsstrich zu den Revisionisten aller Schattierungen. In Zeiten der verschärften Faschisierung: Lediglich Kampf für die Erhaltung

der parlamentarischen Demokratie. In Zeiten des Faschismus: Ausrichtung des Kampfes auf die Wiedererlangung der parlamentarischen Demokratie. So sieht der revisionistische Weg aus, der die ständige Erhaltung des Kapitalismus sichern soll. Das Zentralbüro der Gruppe 'Rote Fahne' Bochum (GRFB) hat sich im Kampf gegen die verschärften Notstandsmaßnahmen bereits weitgehend auf revisionistische Positionen begeben. Es selbst verzichtet auf eine revolutionäre Ausrichtung des Kampfes und verlangt auch von der KPD/ML eine Einschränkung ihrer revolutionären Agitation und Propaganda. So heißt es in ihrer internen Anleitung zu Aktionseinheiten, die sie auch

dem ZK der KPD/ML zuschickten:

'Es muß die Freiheit der Marxisten-Leninisten garantiert sein, die proletarische Revolution und den Marxismus-Leninismus zu propagieren. Dabei ist es durchaus vertretbar, daß sich diese Freiheit der Propaganda nur auf die schriftliche Agitprop beschränkt und eine Einschränkung der Transparente und Sprechchöre bedeutet.'

Die KPD/ML läßt sich auf diese Einschränkung selbstverständlich nicht ein. Aktionseinheiten mit der GRFB werden nur dann eingegangen, wenn auch auf Transparenten und Sprechchören die proletarische Revolution und der Marxismus-Leninismus propagiert werden kann!

Rote Garde Nürnberg scheut nicht den Kampf

Am 3. Juni hielt die D"K"P in der Nürnberger Messehalle ihre "Großveranstaltung" zu den Wahlen ab. 17 Genossen der KPD/ML waren dorthin gekommen, um Flugblätter zu verteilen, in denen die Hetzarbeit des D"K"P-Häuptlings Kaleck gegen uns Kommunisten angeprangert wurde. Außerdem wollten wir mit den einfachen Mitgliedern der D"K"P über die Politik dieser Partei reden.

Doch die Angst der Führer von D"K"P und SDAJ vor der Wahrheit war ungeheuer. Als die Wachmannschaft der Revisionisten mitbekam, daß das Echo der ersten Besucher auf unsere Flugblätter hin sehr groß war, versuchte sie uns mit wüsten Beschimpfungen zu vertreiben. Die ersten zaghaften Versuche, mit Gewalt gegen die Kommunisten vorzugehen, machte Marianne D. von der SDAJ. "Die verteilt ihr hier net" meinte sie und wollte zusammen mit einer anderen SDAJ-lerin einer Genossin die Flugblätter aus der Hand reißen. Doch die Genossin war wachsam und konnte den unverschämten Anschlag verhindern.

Schließlich gingen die D"K"P-Führer selbst in ganz feiger Weise gegen die zahlenmäßig unterlegenen KPD/ML-Genossen vor. Besonders hervor taten sich die Stadtratskandidaten Jürgen K. und Jürgen E. In brutalster Weise schlug J.E. einen jungen Genossen mit der Faust ins Gesicht. Der Genosse konnte sich gar nicht wehren, weil er mit beiden Armen gerade einen Packen Zeitungen hielt. Als die Häuptlinge der D"K"P sahen, daß die Kommunisten vor der Übermacht nicht zurückwichen, sondern sich mutig und furchtlos verteidigten, als ein Genosse, der stark kurzsichtig ist und

dem man die Brille zerschlagen hatte, drei Schläger der D"K"P auf einmal zurückwarf, da war plötzlich Polizei da.

Sie drängte uns zur Straße ab und meinte, wir sollen abhauen. Unter den mißtrauischen Augen der abseitsstehenden Polizei versuchten wir mit einigen SDAJ-ern zu reden. Doch als wir die antikomunistische Arbeit der D"K"P-Führer entlarvten, lief einer der Häuptlinge knallrot an und brüllte: "Wenn ihr jetzt net gleich abhaut dann hull i die Polizei".

Da ist aber uns ganz klar geworden, wie die Zusammenhänge zwischen D"K"P-Führung und Polizei sind. Die revisionistischen Häuptlinge der D"K"P, die den Marxismus-Leninismus verraten und entstellt haben, bewiesen auch in Nürnberg wieder einmal, daß der Revisionismus den Sozialfaschismus im Gefolge hat. Denn die Revisionisten haben natürlich gewaltige Angst davor, daß ihr Verrat vor den Arbeitern aufgedeckt wird. Deshalb fürchten die Revisionisten die Diskussion wie das Feuer. Gewaltsam wollen sie verhindern, daß wir ihre Mitglieder, die wir immer als unsere Klassengenossen behandeln werden, vom Verrat ihrer Führer überzeugen. Sozialismus in Worten, Faschismus in ihren Taten — Teddy Thälmann hat solche gekauften Bonzen 'Sozialfaschisten' genannt!

Kurz nach diesem Kampf nahmen mehrere Leute mit uns Kontakt auf. Darunter auch einige SDAJ-ler. Und wieder zeigt sich auch hier: Auch für Westdeutschland gilt — Haupttendenz in der Welt ist Revolution!

Das zeigte uns aber auch: Richtig ist es, auf die Veranstaltungen der D"K"P zu gehen, dort Flugblätter zu verteilen und mit den Leuten zu reden, um die guten Kommunisten, die es unter den einfachen D"K"P-Mitgliedern gibt, für die kommunistische Partei zu gewinnen. Ganz falsch ist es aber, so wie der KAB es macht, daß man seine "Kritik" am Revisionismus eben diesen Häuptern der Revisionisten in einem Brief schickt und dann jemand vorjammert, daß die nicht reagiert haben und daß man sich mit denen gar nicht auseinandersetzen kann. Wer mit solchen kindischen Methoden den Revisionismus bekämpfen will, der hat entweder von der Praxis keine Ahnung, oder er will den Revisionismus gar nicht bekämpfen. Und das ist beim KAB eher zu vermuten. Haben sie ja in unserem Nachbarort Erlangen sogar zur "Einheitsfront" mit der D"K"P aufgerufen. In ihrem Flugblatt dazu bezeichneten sie es als "dogmatisch" und "linkssektiererisch", daß man auch im Zusammenhang mit Vietnam den Sozialimperialismus bekämpfen will. Das zeigt, was das für großartige 'Antirevisionisten' sind!

Die Redaktion:

Richtig Genossen, weiter so! Habt Mut zu kämpfen. Aber das nächste Mal könnt ihr die Namen der D"K"P-Schläger ruhig ausschreiben. Die Nürnberger Arbeiter wollen sie auch kennenlernen.

Im nächsten Roten Morgen:
Beilage zum 2. Parteitag der KPD/ML!!

Genossen! Kollegen!

3 1/2 Jahre nach dem Gründungsparteitag der KPD/ML hat jetzt der zweite ordentliche Parteitag stattgefunden. Dieser Parteitag zeigte, welche neue Stufe die KPD/ML nach diesen 3 Jahren Kampf erreicht hat. Dieser Parteitag war ein Sieg von großer Bedeutung nicht nur für die Parteigenossen, sondern auch für die deutsche Arbeiterklasse und die marxistisch-leninistische Bewegung. Im nächsten ROTEN MORGEN wird darüber eine Beilage erscheinen.

Der angekündigte Beitrag der Genossen vom Thälmannkampfbund, die sich in die Parteireihen eingereiht haben und damit einen weiteren Schlag gegen das Zirkelwesen, den Opportunismus und Revisionismus geführt haben, konnte leider in dieser Nummer noch nicht abgedruckt werden.

sere Sache Propaganda zu machen. Unser Genosse, nunmehr die Flugblätter los, forderte die Passanten mit erhobener Faust zur Abgabe ungültiger Stimmzettel bei der Wahl auf. Noch auf der Treppe zum alten Rathaus agitierte er mit erhobener Faust. Einer der Bullen meinte: "Hören Sie doch auf damit. Das will ja doch keiner hören." Schlagfertig erwiderte unser Genosse: "Wenn es niemand hören will, warum werde ich da eigentlich festgenommen?"

Auch von diesem Genossen wollte man die "Hintermänner" erfahren. Er verweigerte die Aussage. Eine Weile stellte sich nun der anwesende Po-Po (Politische Polizei) dumm, meinte ob unser Genosse wohl zur DKP gehöre. Er beriet sich mit den andern, machte den Eindruck, als wolle er gleich zu einer Hausdurchsuchung bei unserem Genossen fahren, unterließ es dann aber. Auch dieser Genosse mußte nach 15 Minuten freigelassen werden.

Aber damit war die Sache nicht ausgestanden, sondern erst angelaufen. Die Bullen hatten gemeint, sie könn-

flaute der Verkehr rapide ab und unsere Genossen berieten, was sie mit den restlichen Flugblättern tun sollten. Es wurde beschlossen, einen Teil in den Arbeitervierteln hinter Scheibenwischer zu stecken, den anderen aber als Plakate zu verwenden und an belebten Punkten anzukleben. Das wurde nachts gemacht. Handgeschriebene Plakate, die auf den Polizeiterrort hinwiesen, wurden ebenfalls angeklebt.

So haben wir denn den ersten Fall von offenem Polizeiterrort in Ingolstadt richtig beantwortet. Der Polizei sei noch gesagt, daß sie nach den "Hintermännern" lieber gar nicht erst suchen soll. Unsere "Hintermänner", das sind die Arbeiter und Arbeiterinnen, die gesamte Arbeiterklasse Westdeutschlands. Die braucht man nicht zu suchen.

Nun, wir haben bei der Aktion einige Flugblätter eingebüßt und konnten die übrigen nur in beschränktem Maße verteilen. Man könnte meinen, das sei schlecht für uns. Das ist es aber nicht. Wir sind Kommunisten und für uns gilt, was Mao Tsetung sagt: "Wenn der Feind uns bekämpft

Polizeiterror in Ingolstadt

Bericht über den Kampf unserer Genossen bei den Kommunalwahlen in Bayern

Um 9 Uhr 30 kamen unsere Genossen zum Wochenmarkt und brachten Flugblätter zur Kommunalwahl mit. Zu diesem Zeitpunkt hatten die bürgerlichen Parteien CSU, SPD, FDP und die UW (Unabhängige Wählerschaft) schon einige Tonnen an Propaganda-Material verteilt. Sie haben dafür ja genug Geld und man weiß, woher es kommt. Von ihren Auftraggebern, den Kapitalisten, die es ihnen in der einen oder anderen Form zukommen lassen. Soviel Papier, noch dazu bedrucktes, können wir uns natürlich nicht leisten, weshalb wir auf Qualität achten, auf den Inhalt unserer Flugblätter. Der Inhalt dieses Wahlflugblattes war eine Schilderung des Wahlrummels, wie ihn die bürgerlichen Parteien bei uns veranstalten und die Entlarvung ihrer Bonzen, die vor jeder Wahl auf einmal den "lieben Mitbürger" entdecken und einem jeden in den Hintern kriechen. Das Flugblatt zeigte die wunden Punkte der Kommunalpolitik unserer Stadt auf. Wir riefen die Bevölkerung auf, den bürgerlichen Parteien eine Abfuhr zu erteilen und bei der Wahl ungültige Stimmzettel abzugeben. Unsere Genossen verteilten sich über den Wochenmarkt und zwei gingen zum Schliffelmarkt, wo ein Propaganda-stand der SPD war. Unsere Flugblätter wurden gern genommen. Es ging alles scheinbar glatt und ohne Aufsehen.

Das änderte sich gegen 10 Uhr 30. Die bürgerlichen Wahlkämpfer, unter

ihnen einige Stadtratskandidaten, hatten bis dahin unsere Flugblätter genauestens studiert, sie konnten unsere Genossen dabei beobachten und schritten zur Aktion. Jemand von ihnen, wahrscheinlich alle vier, alarmierte die Polizei.

Dann geschah folgendes:

Um 10 Uhr 35 tauchten am Wochenmarkt zwei uniformierte Bullen auf, griffen sich einen Genossen und eine Genossin, die zusammen Flugblätter verteilten und erklärten, die Flugblätter seien beschlagnahmt. Der Genosse weigerte sich, sie herauszugeben. Die Bullen sagten, sie hätten auch andere Methoden, wenn er Widerstand leisten wolle. Darauf rückte der Genosse die Flugblätter heraus. Er ist noch nicht bei uns organisiert, sondern Sympathisant. An Ort und Stelle nahmen die Bullen eine Ausweiskontrolle vor und man mußte nun meinen, damit sei alles vorbei. Nichts dergleichen. Die beiden wurden zur Wache mitgenommen, wobei ein Bulle die Genossin, ein kleines, zierliches Mädchen brutal am Arm packte und abführte. Bei dem Genossen trauten sie sich das nicht, fürchteten wohl, daß sie eine ins Gesicht bekommen könnten. Richtige uniformierte Helden sind das. Aber die Genossin ließ sich nicht einschüchtern, und gab keine Auskunft, als man sie nach den berühmten "Hintermännern" fragte. Sie verweigerte die Aussage. Nach einer Viertelstunde mußten beide wieder entlassen werden.

Inzwischen war am Schliffelmarkt weiterverteilt worden. Die Genossen vom Wochenmarkt, die man noch nicht geschnappt hatte, kamen gelaufen und warnten die Genossen am SPD-Stand. Einige hatten keine Ausweise dabei und zogen sich deshalb vorübergehend zurück. Nur einer verblieb, ein besonders bewußter Genosse. Seelenruhig verteilte er weiter und die SPD am Stand giftete sich über die Maßen. Immer wieder machte der Sprecher über Lautsprecher bekannt, daß die Flugblätter der KPD/ML nicht von der SPD stammten worüber viele Passanten das Lachen bekamen. Gegen 10 Uhr 45 kamen zwei uniformierte Bullen zu unserem Genossen und erklärten, daß die Flugblätter beschlagnahmt seien. Er weigerte sich, sie herauszugeben und bestand auf seinem Recht, die Flugblätter zu verteilen.

Die Bullen verlangten, daß er zur Klärung der Lage mit auf die Wache kommen müsse. Dem leistete der Genosse Folge, was ihn aber nicht hinderte unterwegs weiterhin Flugblätter zu verteilen. Er degradierte die Bullen zur 'Leibwache'. Das ertrugen die Bullen natürlich nicht und legten beim Genossen den Polizeigriff an, ließen aber sofort wieder los. Sie schämten sich vor den hämisch grin senden Zuschauern. Die Gegend, durch die sie ihn führten, ist um diese Zeit sehr belebt, die Menschen drängen sich auf den Gehsteigen und das bot die beste Möglichkeit für un-

ten uns einschüchtern, aber da hatten sie sich getäuscht. Sofort nach der Freilassung unserer Genossen wurde die weitere Verteilung der verbliebenen Flugblätter organisiert, den Bullen war nur etwa ein Viertel in die Hände gefallen. An anderen belebten Orten wurde weiterverteilt, wobei einige Genossen Wache schoben und auf Bullen achteten. Gegen 12 Uhr

sagt: wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht."

RM-Redaktion: Genossen, wir fordern euch auf, künftig die doppelte Anzahl ROTER MORGEN zu verkaufen. Eure "Hintermänner" bei AUDI-NSU werden solchen konsequenten Kämpfern für die Sache der Arbeiter sicher schnell großes Vertrauen entgegenbringen!

Westberlin bleibt Frontstadt der Revanche

Eine Woche nach dem Berlinabkommen, im Berliner Senat, Donnerstag, den 8. Juni:

1. FDP-Oxford fordert, Schütz als 'Botschafter nach Lagos zu versetzen', weil er die DDR nicht genügend gezwungen habe, sofort jeden einreisen zu lassen. (Die DDR könnte sonst ja den berufsmäßigen Menschenschmugglern, Devisenschiebern und Spionage-Agenten die Einreise verweigern).

2. Die 13 revanchistischen Ortshinweisschilder (siehe Bild) 1 km vor der Grenze der DDR werden nicht abgerissen. Dies sagte Bausenator Schwedler zu den Kreuzberger Bezirksverordneten, die meinten, die Schilder verträgen sich nicht 'Mit dem Geist des Berlin-Abkommens'.

3. Der Senat beschließt Gesetze, die der westdeutschen Polizei ermöglichen, direkt in Westberlin einzugreifen.

(Alles im 'Tagesspiegel' vom 9.6.72, Seite 7)



Anmerkung zum Schild: Głowicz zum Beispiel liegt in Polen. 1939 ermordeten deutsche Truppen dort Deutsche und Polen, um so den Zweiten Weltkrieg auslösen zu können.